

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2001

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

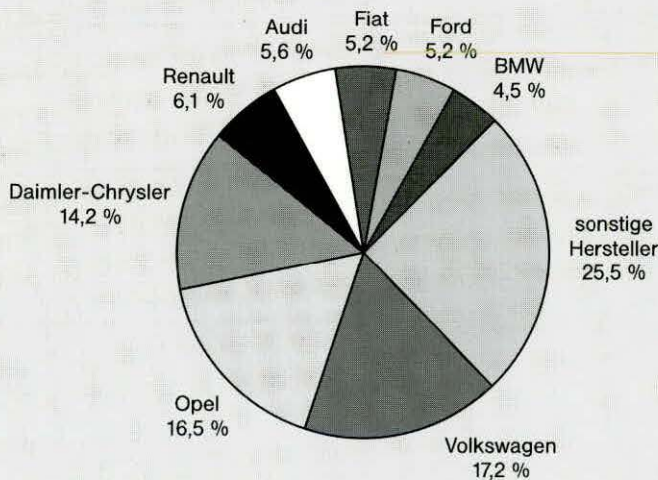
September

Oktober

November

Dezember

Neuzulassungen von Pkw 2000 nach Herstellern



Inhalt

Verdienste im Handwerk 2001

- 261 Die Verdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter im Handwerk werden in jährlichen Abständen für den Monat Mai in zehn ausgewählten Gewerbebranchen erhoben. Die Ergebnisse für das Jahr 2001 werden unter besonderer Berücksichtigung von Veränderungen der Beschäftigtenstruktur dargestellt und analysiert.

Strukturen und Veränderungen der Kraftfahrzeugbestände im Jahr 2000

- 266 Auch im vergangenen Jahr hat der Bestand an Kraftfahrzeugen weiter zugenommen. Allerdings war die Zahl der Neuzulassungen erstmals wieder rückläufig. Im Trend lagen dabei größere, hubraumstärkere Fahrzeuge.

Kurzbeiträge

- 272 Außenhandel mit der Euro-Zone
274 Abgänge von Gebäuden und Wohnungen seit 1991

Anhang

- 89* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
95* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland



Handwerker verdienen 1,3% mehr als im Vorjahr

Der Bruttostundenverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter im rheinland-pfälzischen Handwerk erreichte im Mai 2001 im Durchschnitt der zehn statistisch erfassten Gewerbe 23,25 DM. Das sind 1,3% mehr als im Mai 2000. Da die bezahlte Wochenarbeitszeit von 39,8 Stunden im Vorjahr auf 39,5 Stunden gesunken ist, stieg der Bruttomonatslohn lediglich um 0,5% auf 3 995 DM.

Deutlich überdurchschnittliche Stundenlöhne (7,8% über dem Durchschnitt aller ausgewählten Gewerbe im Mai 2001) erhielten die Maler und Lackierer, gefolgt von den Tischlern (+2,3%). Die beiden Schlusslichter sind das Bäckerhandwerk mit einem um 9,1% unter dem Durchschnitt aller Gewerbebezüge liegenden Verdienstniveau und das Fleischerhandwerk, wo die Verdienste im Mai 2001 sogar 11,1% darunter lagen. Die übrigen Gewerbebezüge (Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure) liegen nur unwesentlich unter oder über dem Durchschnitt aller Gewerbebezüge. kr

Mehr über dieses Thema auf Seite 261.

Jeder vierte neue Pkw kommt aus dem VW-Konzern

Im Jahr 2000 wurden in Rheinland-Pfalz 183 178 fabrikneue Pkw erstmals zum Verkehr zugelassen. Das waren 6,7% weniger als im Vorjahr. Die meisten Personenkraftwagen stammten aus dem Volkswagen-Konzern. Allein 31 573 Pkw, das waren 17,2%, trugen das VW-Emblem. Rechnet man die zum Volkswagen-Konzern gehörenden Marken Audi, Seat und Skoda hinzu, ergibt sich ein Marktanteil von mehr als 26%.

Auf Platz zwei der Neuzulassungen folgte Opel mit 30 278 Fahrzeugen (16,5%). Die Daimler-Chrysler AG verkaufte 26 074 Fahrzeuge und erreichte damit Platz drei bei den Neuzulassungen. Ganz vorn lag diese Marke bei den großen Limousinen und Kombis mit mehr als 2 Litern Hubraum. Hier war fast jeder zweite Wagen (42,5%) ein Mercedes oder Chrysler. Unter den Importmarken lag, wie bereits seit Jahren, die französische Marke Renault an erster Stelle. Mit 11 223 neu zugelassenen Autos erreichte sie einen Marktanteil von 6,1%. gr

Mehr über dieses Thema auf Seite 266.

Fast die Hälfte der Exporte geht in Länder der Euro-Zone

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft legte auch im bisherigen Verlauf des Jahres bei den Exporten weiter zu. Von Januar bis August wurden Waren im Wert von

33 Mrd. DM ausgeführt, das waren 8,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Fast die Hälfte der Güter wurde in Länder der Euro-Zone geliefert. Die Exporte in diese Länder stiegen um rund 10% auf 15,5 Mrd. DM.

Die Einfuhren nach Rheinland-Pfalz nahmen im gleichen Zeitraum um 4,7% auf 22,3 Mrd. DM zu. Mit mehr als 11 Mrd. DM (+1,4%) kam der überwiegende Teil der importierten Waren aus den Ländern der Euro-Zone.

Spitzenreiter bei den Einfuhren wie bei den Ausfuhren ist Frankreich. el

Mehr über dieses Thema auf Seite 272.

6 Mill. t Abfälle wurden in rheinland-pfälzische Abbaustätten verfüllt

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2000 in 125 über-tägigen Abbaustätten Abfälle verfüllt. Grundlage dieser Information ist eine jährliche Befragung aller Betriebe und Einrichtungen, die im Rahmen von Rekultivierungsmaßnahmen Abbaustätten von Rohstoffen, wie z. B. Sand, Kies, Ton oder Natursteine, wieder verfüllen. Neben den Gruben und Tagebauen, die noch in Betrieb sind und in denen nur abschnittsweise Abfälle eingebaut werden können, wird auch die abschließende Verfüllung bereits ausgebeuteter Vorkommen von Bodenschätzen erfasst. Diese wird häufig nicht unmittelbar durch die Eigentümer der Gruben, sondern durch Betriebe der Entsorgungswirtschaft oder des Baugewerbes vorgenommen.

Die abfallrechtlich nicht als Beseitigung, sondern als Verwertung eingestufte Verfüllung von Abbaustätten hat in den zurückliegenden Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Von jeweils rund 2,5 Mill. t in den Jahren 1996 und 1997 stieg die auf diese Weise jährlich entsorgte Abfallmenge über 3,1 Mill. t im Jahr 1998 und 4,2 Mill. t im Jahr 1999 auf knapp 6 Mill. t im vergangenen Jahr. Der Anteil von Erde und Steinen an den zur Rekultivierung eingesetzten Abfällen erhöhte sich seit 1996 von 90 auf 95%.

Eine regional differenzierte Betrachtung zeigt, dass die in den linksrheinischen Gebieten entsorgten Mengen nur geringen jährlichen Schwankungen unterliegen. Im rechtsrheinischen Landesteil nahmen dagegen die Ablagerungen zwischen 1996 und 2000 kontinuierlich zu; sie erreichten im Jahr 2000 mit 3,7 Mill. t den siebenfachen Wert des Jahres 1996 und damit einen Anteil von über 60% am Landesergebnis. Ursächlich hierfür ist das große Angebot an Bodenaushub im Zuge des Baus der ICE-Strecke Köln-Frankfurt. Dieses trifft vor allem im Westerwaldkreis in unmittelbarer räumlicher Nähe auf eine Vielzahl zur Renaturierung bereiteter ehemaliger Abbaustätten für Ton, Kies und Sand. we

292 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Im Jahr 2000 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 292 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen statistisch erfasst. Davon entfielen 62% auf die Beförderung von und 38% auf den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Gemessen an der freigesetzten Menge hatten letztere mit einem Anteil von 80% an der insgesamt in die Umwelt gelangten Menge von 119 m³ die größere Bedeutung. Deutlich über die Hälfte der freigesetzten Menge konnte durch entsprechende Maßnahmen wieder aus der Umwelt zurückgewonnen werden. Hierzu wurde in 180 Fällen verunreinigtes Material an der Unfallstelle ausgehoben. In neun Fällen wurden Schürfgruben angelegt oder Brunnen zum Abpumpen des Schadstoffs errichtet.

Bei knapp 90% der Unfälle wurden Mineralölprodukte freigesetzt. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass insbesondere bei Straßenverkehrsunfällen die Betriebsstofftanks beteiligter Fahrzeuge beschädigt werden und dadurch Kraftstoffe entweichen. Am Gesamtvolumen aller freigesetzten wassergefährdenden Stoffe hatten im Jahr 2000 die Mineralölprodukte einen Anteil von 50%.

Als Hauptunfallursache wurden in 56% der Fälle Verhaltensfehler und in 25% der Fälle Materialfehler genannt. Die Ursachen der restlichen Unfälle konnten nicht eindeutig bestimmt werden. Insbesondere bei Unfällen mit Straßenfahrzeugen spielen Verhaltensfehler eine große Rolle. Von 158 Unfällen waren 98 auf menschliches Versagen zurückzuführen. Mängel am Fahrzeug und an der Sicherheitseinrichtung führten in zwölf Fällen zu einem Unfall, andere Materialfehler in 21 Fällen. Für die restlichen 27 Unfälle mit Straßenfahrzeugen war die Hauptursache nicht zu klären.

Sachlich und regional tiefer gehende Ergebnisse werden in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht „Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen“ veröffentlicht. Auswertungen nach bestimmten Merkmalen oder Merkmalskombinationen können vom Sachgebiet „Umwelt“ des Statistischen Landesamtes auf Anfrage individuell erstellt werden. kr

Im September kamen ein Drittel weniger Gäste aus den USA nach Rheinland-Pfalz

Rund ein Drittel weniger Gäste aus den USA als vor einem Jahr wurden im September in Rheinland-Pfalz gezählt; die Zahl der Übernachtungen US-amerikanischer Touristen sank um ein gutes Fünftel.

Insgesamt mussten die Hotels, Gasthöfe und Pensionen im Land im September einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat hinnehmen. Die Zahl

der Gäste nahm um 7,7% ab, die Übernachtungszahlen gingen um 4,2% zurück. Besonders deutlich fiel das Minus bei ausländischen Touristen aus. Um knapp 12% sank ihre Zahl gegenüber dem September 2000, bei den Übernachtungen ausländischer Gäste war ein Rückgang um knapp 7% zu verzeichnen.

Von Januar bis September 2001 kamen 5,3 Mill. Gäste in die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsbetriebe, 3% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Übernachtungszahlen gingen in dieser Zeit um 2,2% auf 16,7 Mill. zurück. Mehr als 1 Mill. Gäste (– 6,3%) reisten aus dem Ausland an. Für sie wurden insgesamt 3,2 Mill. Übernachtungen gebucht, 6% weniger als von Januar bis September 2000. 1,4 Mill. Übernachtungen entfielen auf Niederländer, fast 475 000 auf Gäste aus Belgien. Die Übernachtungszahlen von Briten gingen um 11% auf 352 000 zurück, die von US-Amerikanern um 8,8% auf 288 000. el

Wohnungsbau weiter auf Talfahrt

Auch im September 2001 setzte sich die rückläufige Entwicklung im Wohnungsneubau fort. In 660 Wohngebäuden sollen 921 Wohnungen entstehen. Das ist ein Minus von 14,3 bzw. 32,3% gegenüber dem Vorjahresmonat.

In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres wurden 7 170 Wohngebäude und 10 122 Wohnungen von den unteren Bauaufsichtsbehörden zum Bau freigegeben. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum sind das Rückgänge von 20 bzw. 26%. Entscheidend dazu beigetragen hat der Geschosswohnungsbau, in dem 45% weniger Wohnungen entstehen sollen. Dagegen waren die Verluste bei den Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit 18 bzw. 19% nicht so kräftig. hw

Rheinland-pfälzische Industrie verzeichnete im September einen Rückgang der Auftragseingänge

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe verzeichneten – nach einem Rückgang der Auftragseingänge im August – auch im September eine negative Nachfrageentwicklung. Die Auftragseingänge lagen im September um 4,7% niedriger als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Sowohl die Bestellungen aus dem Ausland (–4%) als auch die Aufträge aus dem Inland (–5,2%) blieben unter den Vorjahreswerten. Grund für die spürbare Abkühlung war der Einbruch bei den Herstellern von Vorleistungsgütern (–11,1%). Am deutlichsten traf es dabei die chemische Industrie (–15%). fu

Verdienste im Handwerk 2001

Die Verdienste im Handwerk werden nach dem Lohnstatistikgesetz in jährlichen Abständen für den Monat Mai in zehn ausgewählten Gewerbebranchen als Stichprobe erhoben. Im Jahr 2001 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 944 Betriebe befragt. Unter einem Betrieb ist die als Handwerk betriebene, organisatorisch und räumlich abgegrenzte örtliche Niederlassung eines selbständigen Handwerkers zu verstehen, in der die in der Handwerksrolle eingetragene handwerkliche Fachrichtung ausgeübt wird.

Erhebungsmerkmale

Die Ergebnisse der Verdiensterhebung im Handwerk umfassen außer den Verdiensten auch die durchschnittlich bezahlten Wochenarbeitszeiten jeweils nach Arbeitergruppen und nach dem Geschlecht.

Es werden die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, unterteilt nach Gesellen und übrige Arbeiterinnen und Arbeiter, erfasst. Zu den Gesellen gehören die Personen, die in dem Handwerk, das der sie beschäftigende Handwerker ausübt, die Gesellenprüfung abgelegt haben, sowie die Personen, die zwar keine Gesellenprüfung abgelegt haben, aber aufgrund langjähriger Berufserfahrung in der gleichen Weise wie gelernte Gesellen tätig und diesen im Betrieb gleichgestellt sind. Personen, die eine – dem Gesellenbrief entsprechende – Facharbeiterprüfung abgelegt haben, zählen zu den übrigen Arbeiterinnen und Arbeitern, ebenso wie die Gesellen anderer handwerklicher Fachrichtungen, Fahrpersonal sowie angelernte und ungelernete Arbeiterinnen und Arbeiter. Nicht in die Erhebung einzubeziehen sind Personen, die wegen Krankheit (nach Ablauf der Lohnfortzahlung), Einstellung, Entlassung oder aus anderen Gründen nicht für den gesamten Lohnabrechnungszeitraum Lohn bezogen haben, Teilzeitbeschäftigte, mithelfende Familienangehörige, Heimarbeiterinnen und -arbeiter, Praktikanten und Volontäre.

Die bezahlten Wochenstunden umfassen die tatsächlich geleisteten und bezahlten Arbeitsstunden sowie die bezahlten Ausfallstunden. Die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden sind die am Arbeitsplatz verbrachten Zeiten abzüglich betrieblich geregelter Ruhepausen (wie die Mittagspause), soweit diese Pausen nicht als Arbeitszeit gelten. Bezahlte Ausfallstunden sind die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, z. B. für gesetzliche Feiertage, Urlaub, Krank-

heitstage, Freizeit aus betrieblichen oder persönlichen Gründen (Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche usw.).

Der Bruttoverdienst umfasst alle Lohnbestandteile, die dem Arbeitnehmer laufend (d. h. je Lohnabrechnungsperiode) vom Arbeitgeber gezahlt werden. Darin enthalten sind der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn einschließlich tariflicher oder außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge, ferner der steuerliche Wert von Naturalleistungen (freie Kost oder Unterkunft).

Qualität der Ergebnisse

Die Qualität der ausgewiesenen Ergebnisse wird anhand der tatsächlich mit der Stichprobe erfassten Personenzahl beurteilt. Durchschnittswerte für die bezahlten Wochenstunden und die Bruttoverdienste werden dann als statistisch sicher angesehen, wenn die Berechnung auf mindestens 30 erfassten Personen beruht. Diese Vorgabe ist für die Darstellung der Arbeitszeiten und Verdienste der Männer fast ausnahmslos erfüllt. Im Jahr 2001 wurden (gemessen an der Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter insgesamt) nur im kleinsten Gewerbebranchen, den Klempnern, weniger als 30 Männer als übrige Arbeiter erfasst. Anders sieht es bei den Frauen aus. Die Bedingung für statistisch sichere Ergebnisse wird lediglich in den Gewerbebranchen Fleischer und Bäcker erfüllt. Dort sind die mit Abstand höchsten Frauenanteile zu finden, nämlich 25,8% im Fleischer- und 23,9% im Bäckerhandwerk. Im Durchschnitt der übrigen acht Gewerbebranchen beträgt der Frauenanteil gerade 1%. Hier können die Ergebnisse für Frauen sehr stark von speziellen Gegebenheiten in den Betrieben der Stichprobe geprägt sein und müssen für die Gesamtheit der Betriebe des jeweiligen Handwerks als statistisch unsicher gelten.

Bei der Interpretation der Ergebnisse für die Untergruppe der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter sollte bedacht werden, dass hier die Datenbasis deutlich schmaler ist als für die Untergruppe der Gesellen. In der Gesamtheit aller ausgewählten Gewerbebranchen haben die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter lediglich einen Anteil von 10% an der gesamten Arbeiterschaft. Dieser Anteil ist in einigen Gewerbebranchen sogar noch deutlich niedriger. Hier können einzelne größere Betriebe das Ergebnis stark beeinflussen, was insbesondere bei Zeitvergleichen zu erheblichen Verzerrungen führen

Verdiensterhebung im Handwerk Mai 2001

Arbeitergruppe Geschlecht	Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst				Bezahlte Wochen- stunden	Anteil der Beschäftigten an der jeweils übergeordneten Position
	Mai 2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	durchschnittliche jährliche Veränderung seit 1998			
			jeweilige Beschäftigten- struktur	konstante Beschäftigten- struktur		
DM	%			Anzahl	%	
Alle ausgewählten Gewerbe des Handwerks						
Gesellen	23,60	1,1	1,4	1,5	39,5	90,0
Männer	23,76	1,2	1,4	1,5	39,5	97,1
Frauen	18,11	0,6	1,4	2,1	39,4	2,9
Übrige Arbeiter	20,19	2,5	1,3	1,6	39,9	10,0
Männer	21,01	3,0	1,3	1,5	40,1	79,4
Frauen	16,92	0,1	1,5	2,5	38,9	20,6
Arbeiter insgesamt	23,25	1,3	1,5	1,5	39,5	100,0
Männer	23,52	1,4	1,5	1,5	39,5	95,4
Frauen	17,59	0,7	1,6	2,3	39,2	4,6
Maler und Lackierer						
Gesellen	25,27	0,6	1,0	1,0	39,5	91,6
Übrige Arbeiter	22,80	5,2	5,3	5,1	39,2	8,4
Arbeiter zusammen	25,06	1,0	1,6	1,4	39,5	10,9
Metallbauer						
Gesellen	24,08	2,2	1,4	1,4	40,3	85,5
Übrige Arbeiter	20,58	3,3	0,2	-0,2	40,3	14,5
Arbeiter zusammen	23,58	2,3	1,1	1,2	40,3	10,9
Kraftfahrzeugmechaniker						
Gesellen	23,54	0,8	1,7	1,7	38,0	91,2
Übrige Arbeiter	21,64	3,9	2,8	2,7	38,7	8,8
Arbeiter zusammen	23,38	1,1	1,9	1,8	38,1	17,2
Klempner						
Gesellen	23,59	0,4	1,1	1,1	40,0	88,5
Übrige Arbeiter	(18,18)	(-2,5)	(0,5)	(0,5)	(39,6)	11,5
Arbeiter zusammen	22,97	-0,2	1,3	1,0	40,0	0,5
Gas- und Wasserinstallateure						
Gesellen	23,26	1,5	1,2	1,2	39,0	96,7
Übrige Arbeiter	(22,94)	(7,6)	(4,4)	(4,4)	(39,7)	3,3
Arbeiter zusammen	23,25	1,7	1,4	1,4	39,0	7,4
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer						
Gesellen	23,44	0,8	1,6	1,6	39,7	92,7
Übrige Arbeiter	21,94	4,0	0,8	0,9	39,9	7,3
Arbeiter zusammen	23,33	1,0	1,6	1,5	39,7	10,5
Elektroinstallateure						
Gesellen	23,49	1,7	2,1	2,1	39,5	96,5
Übrige Arbeiter	19,50	-2,5	-2,2	-2,1	39,6	3,5
Arbeiter zusammen	23,35	1,6	2,1	1,8	39,5	14,7
Tischler						
Gesellen	24,17	1,4	1,2	1,2	40,0	93,2
Übrige Arbeiter	20,47	0,6	0,7	0,7	40,0	6,8
Arbeiter zusammen	23,91	1,9	1,2	1,2	40,0	12,5
Bäcker						
Gesellen	21,67	0,3	1,1	1,3	40,6	75,9
Übrige Arbeiter	19,45	1,2	3,5	3,1	41,2	24,1
Arbeiter zusammen	21,13	0,3	1,5	1,7	40,8	9,5
Fleischer						
Gesellen	21,94	2,0	1,2	1,2	39,7	78,1
Übrige Arbeiter	16,06	0,8	0,4	0,5	38,8	21,9
Arbeiter zusammen	20,68	2,7	0,9	1,1	39,5	5,8

kann. Eine solche Konstellation war beispielsweise 2001 im Gewerbebezweig Gas- und Wasserinstallateure aufgetreten.

Die Ergebnisse für Frauen im ersten Berichtsjahr nach Aufnahme der Frauen in die Verdiensterhebung im Handwerk, also 1997, sind für die beiden Gewerbebezweige Bäcker und Fleischer und damit aufgrund von deren relativ hohem Frauenanteil auch für die Gesamtheit aller ausgewählten Gewerbe aus einem speziellen Grund im Aussagewert eingeschränkt. Viele Bäcker- und Fleischerbetriebe verkaufen ihre Produkte in dazugehörigen Ladengeschäften mit Verkaufspersonal. Es ist nicht auszuschließen, dass einige Betriebe Verkaufspersonal, zumeist Frauen, fälschlicherweise als Arbeiter bzw. Arbeiterinnen des Handwerksbetriebes gemeldet haben. Solche Fehlmeldungen konnten in den folgenden Erhebungsjahren weitgehend vermieden bzw. durch gezielte Nachfragen korrigiert werden. Die genannten Anlaufschwierigkeiten verzerren die Ergebnisse von Zeitreihenanalysen merklich. Insofern sollte das Jahr 1997 möglichst nicht in derartige Analysen einbezogen werden. Dies gilt auch für Berechnungen mehrjähriger Durchschnitts, die (wie in diesem Beitrag geschehen) erst mit dem Jahr 1998 beginnen sollten.

Struktur der Verdienste

Für den Bruttostundenverdienst aller Arbeiterinnen und Arbeiter der ausgewählten Gewerbe des Handwerks insgesamt errechnet sich ein Durchschnittswert von 23,25 DM. Das sind 1,3 % mehr als im Mai 2000. Da die bezahlte Wochenarbeitszeit von 39,8 Stunden im Vorjahr auf 39,5 Stunden gesunken ist, stieg der Brutomonatslohn lediglich um 0,5 % auf 3 995 DM.

Deutlich überdurchschnittliche Stundenlöhne (7,8% über dem Durchschnitt aller ausgewählten Gewerbe im Mai 2001) erhielten die Maler und Lackierer, gefolgt von den Tischlern (+2,8%). Die beiden Schlusslichter sind das Bäckerhandwerk mit einem um 9,1% unter dem Durchschnitt aller Gewerbebezweige liegenden Verdienstniveau und das Fleischerhandwerk, wo die Verdienste im Mai 2001 sogar 11,1% darunter lagen. Die übrigen Gewerbebezweige (Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure) liegen nur unwesentlich unter oder über dem Durchschnitt aller Gewerbebezweige.

Differenziert man nach dem Geschlecht der Beschäftigten, dann zeigt sich, dass Frauen die relativ besten Verdienstchancen bei den Malern und Lackierern (22,27 DM Bruttostundenlohn), den Elektroinstallateuren (20,23 DM) sowie den Tischlern (19,94 DM) haben. Allerdings sind hier die Ergebnisse für die Frauen aufgrund der geringen Fallzahl in der Stichprobe mit einer relativ großen Unsicherheit behaftet und somit vorsichtig zu interpretieren. Der niedrigste Durchschnittsverdienst wurde mit 15,87 DM pro Stunde für die Arbeiterinnen im Fleischerhandwerk ermittelt. Im Durchschnitt aller ausgewählten Gewerbe lag der Stundenverdienst der Frauen (17,59 DM) gut ein Viertel (25,2%) unter dem der Männer (23,52 DM).

1) Nähere Erläuterungen zu diesem sogenannten Simpson-Paradoxon werden gegeben in: Krieg, Hans Herbert: Simpson-Paradoxon und Jahresverdiensterhebung 1998, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 12/1999, S. 258 ff.

Differenziert man nach der Qualifikation der Arbeiterinnen und Arbeiter, dann zeigt sich, dass die Bruttostundenverdienste der Gesellen im Durchschnitt aller ausgewählten Gewerbebezweige knapp 17% höher sind als die der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter. Deutlich größere Verdienstvorteile haben qualifizierte Arbeitskräfte gegenüber weniger qualifizierten Arbeitskräften im Fleischerhandwerk. Allerdings ist dort das Verdienstniveau insgesamt relativ niedrig, so dass hier die Gesellen im Durchschnitt sogar weniger verdienen als beispielsweise die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter im Maler- und Lackiererhandwerk. Auch bei den Klempnern ist ein überdurchschnittlicher Verdienstabstand zwischen Gesellen und übrigen Arbeiterinnen und Arbeitern zu beobachten. Aufgrund der schmalen Datenbasis sind hier allerdings die Ergebnisse mit größeren statistischen Unsicherheiten behaftet.

Eine Analyse der qualifikationsbedingten Verdienstunterschiede nach dem Geschlecht zeigt, dass als Gesellen beschäftigte Frauen im Durchschnitt aller ausgewählten Gewerbebezweige lediglich einen um 7% höheren Bruttostundenverdienst hatten als die übrigen Arbeiterinnen. Der relative Verdienstabstand war bei den Männern mit 13% zwar deutlich größer als bei den Frauen, ist aber ebenfalls kleiner als der zuvor genannte Wert von 17% für Männer und Frauen zusammen. Dieses zunächst vielleicht als paradox erscheinende Ergebnis kommt dadurch zustande, dass der Anteil der (relativ zu den Männern schlechter verdienenden) Frauen in der Gruppe der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter deutlich größer ist als deren Anteil in der Gruppe der Gesellen. Dadurch erhält der relativ zu dem Verdienst der Männer niedrigere Verdienst der Frauen bei der Berechnung der Relation „Verdienst der Gesellen zu Verdienst der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter“ im Nenner ein größeres Gewicht als im Zähler, was die Relation größer werden lässt.¹⁾

Exkurs: Der Einfluss der Beschäftigtenstruktur auf die Durchschnittsverdienste

Durchschnittsverdienste werden stets von einer Preiskomponente und einer Mengenkomponeute bestimmt, auch wenn dies nicht immer unmittelbar deutlich wird. Idealtypisch soll sich in der Preiskomponente die Entlohnung homogener Arbeitskraft widerspiegeln. Die Unterteilung der Arbeiterschaft in Gesellen (als besonders qualifizierte Arbeitskräfte) und in übrige Arbeiter (als die weniger qualifizierten Arbeitskräfte) folgt dieser Forderung, wenn auch nur mit einer nicht sehr weit gehenden Differenzierung. Die Beschränkung der Erhebung auf Vollzeitbeschäftigte, auf Arbeiter und auf ausgewählte Handwerkszweige dient ebenfalls dem Ziel, möglichst homogene Teilmassen aus der Gesamtheit aller im Handwerk tätigen Personen herauszunehmen (diese Aussage gilt im Hinblick auf kostenneutrale Alternativen, wie nach den Verdiensten der Arbeitnehmer zusammen zu fragen, und nicht im Vergleich zu Alternativen, die den Erhebungsumfang vergrößern, indem nach den Verdiensten der Arbeiter und den Verdiensten der Angestellten getrennt gefragt wird). Die Mengenkomponeute gibt die Gewichte an, mit denen die ermittelten „Einzelpreise“ (Preise homogener Arbeitskraft) in die Berechnung des „Durchschnittspreises“ (Preis der durchschnittlichen Arbeitskraft) einge-

hen. Je weniger die idealtypische Bedingung der Homogenität der statistisch erfassten Arbeitskraft erfüllt ist, desto eher werden schon auf dieser untersten Ebene tatsächlich Durchschnittsverdienste ermittelt. Beispielsweise reicht das Spektrum in der statistisch nicht tiefer gegliederten Gruppe der übrigen Arbeiter von Hilfsarbeitern bis zu Gesellen anderer Fachrichtungen. Damit ist das für die Gruppe der übrigen Arbeiter ermittelte Verdienstniveau tatsächlich ein Durchschnittswert von Verdiensten recht unterschiedlicher Untergruppen. Änderungen des Verdienstniveaus der Gruppe der übrigen Arbeiter können dadurch verursacht werden, dass die relative Bedeutung einzelner Untergruppen im Zeitablauf nicht konstant ist. Da die Untergruppen der übrigen Arbeiter nicht gesondert erfasst werden, kann dieser Struktureffekt nicht quantifiziert werden.

Dagegen können die Wirkungen von Verschiebungen zwischen den statistisch erfassten Arbeitergruppen (also zwischen Gesellen und übrigen Arbeitern), zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den einzelnen Handwerkszweigen sichtbar gemacht werden. Hierzu wird die Mengenkomponente bei der Berechnung der Durchschnittsverdienste im Zeitablauf konstant gehalten. Im allgemeinen geschieht das durch Verwendung der Beschäftigtenstruktur eines Basisjahres. Für die Modellrechnung in diesem Beitrag wurde 1998 als Basisjahr genommen. Im Grunde kann jedes Jahr als Basis gewählt werden, allerdings sollten keine Anomalien aufgetreten sein, wie dies im ersten Jahr der revidierten Verdiensterhebung im Handwerk 1997 aufgrund der genannten Anlaufschwierigkeiten der Fall war. Das Ergebnis einer solchen Modellrechnung wird üblicherweise als Indexreihe dargestellt, welche die relative Veränderung der Verdienste gegenüber dem Basisjahr unter der Annahme einer konstanten Beschäftigtenstruktur angibt.

Für diesen Beitrag wurde das Ergebnis der Modellrechnung weiter verdichtet. Es wird die durchschnittliche jährliche Veränderung der Verdienste seit 1998 unter der Annahme einer konstanten Beschäftigtenstruktur dargestellt (dies entspricht der durchschnittlichen jährlichen Veränderung des Verdienstindefizes). Für die Gesamtheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller ausgewählten Gewerbe des Handwerks errechnet sich unter der Annahme einer konstanten Beschäftigtenstruktur ein durchschnittliches jährliches Verdienstwachstum von 1,5%. Dies entspricht (auf die erste Dezimalstelle gerundet) dem tatsächlichen Verdienstwachstum. Betrachtet man die beiden Arbeitergruppen getrennt, so zeigt sich, dass das Verdienstwachstum bei konstanter Beschäftigtenstruktur (das heißt nun bei konstanter Männer-Frauen-Relation und bei konstanter Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Gewerbegebiete) bei den Gesellen rechnerisch um 0,1 Prozentpunkte im Jahresdurchschnitt größer ist und bei den übrigen Arbeitern um 0,3 Prozentpunkte. Dieses Ergebnis ist folgendermaßen zu interpretieren: Zwischen 1998 und 2001 gab es Änderungen der Beschäftigtenstruktur, die den statistisch ermittelten Durchschnittsverdienst der Gesellen aller ausgewählten Gewerbegebiete zusammen leicht und den Durchschnittsverdienst der übrigen Arbeiter etwas stärker „nach unten“ drückten. In absoluten Größen ausgedrückt liegt der um Struktureffekte bereinigte Bruttostundenlohn der Gesellen 2001 um 4 Pfennig über dem

statistisch ermittelten Wert von 23,60 DM und der bereinigte Bruttostundenlohn der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter um 18 Pfennig über dem Wert von 20,19 DM.

Bei der Zusammenfassung der beiden Arbeitergruppen werden die negativen Struktureffekte von dem positiv wirkenden Effekt eines gestiegenen Gesellenanteils (die durchschnittlich besser verdienenden Gesellen erhalten damit bei der Berechnung des Durchschnittsverdienstes der Arbeiter insgesamt ein größeres Gewicht) abgeschwächt. Der Durchschnittsverdienst der Arbeiter insgesamt ist mit der Beschäftigtenstruktur des Jahres 1998 gerechnet nur 2 Pfennig größer als der 2001 statistisch ermittelte Wert von 23,25 DM.

Als Ergebnis der Modellrechnung kann festgehalten werden:

- (1) Die einzelnen Effekte, die durch Änderungen der Beschäftigtenstruktur im Zeitraum 1998 bis 2001 hervorgerufen wurden, haben sich in ihrer Wirkung auf den Durchschnittsverdienst in der Gesamtheit der ausgewählten Gewerbegebiete nahezu neutralisiert.
- (2) Das Gewicht der Gewerbegebiete mit unterdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten ist leicht gestiegen, was einen dämpfenden Einfluss auf die tatsächlich beobachtete Entwicklung des Verdienstniveaus aller ausgewählten Gewerbegebiete zusammengenommen hatte.
- (3) Der Gesellenanteil ist leicht gestiegen, was positiv auf das Verdienstniveau wirkte.

Verdienste im Handwerk liegen deutlich unter denen in der Industrie

Mit der laufenden Verdiensterhebung im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe werden die Verdienste der Industriearbeiterinnen und -arbeiter für die Monate Januar, April, Juli und Oktober eines Jahres ermittelt. Zum Vergleich mit den Verdiensten im Handwerk bietet sich der zum Mai zeitlich nächstliegende Berichtsmonat April an. Die Industriearbeiterinnen und -arbeiter werden in drei Leistungsgruppen unterteilt. Die erste Leistungsgruppe umfasst Facharbeiterinnen und -arbeiter und ist den Gesellen im Handwerk vergleichbar. Die zweite Leistungsgruppe mit angelernten und die dritte Leistungsgruppe mit ungelernten Arbeiterinnen und Arbeitern kann zusammengefasst und der Gruppe der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Erhebung im Handwerk gegenübergestellt werden.

Im Jahr 2001 lag der durchschnittliche Stundenlohn im Handwerk um 18,4% unter dem Verdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe. Dieser Verdienstabstand ist im Vergleich zum Vorjahr und über den gesamten Zeitraum 1998 bis 2001 betrachtet größer geworden. Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Stundenlöhne lag im Handwerk mit 1,5% unter dem Durchschnittswert von 2% im produzierenden Gewerbe. Der Verdienstabstand zwischen Handwerk und Industrie stellt sich noch deutlicher dar, wenn zwischen Facharbeiterinnen und -arbeitern bzw. Gesellen einerseits und den übrigen Arbeiterinnen und

Vergleich der Arbeiterverdienste im produzierenden Gewerbe und im Handwerk

Arbeitergruppe Geschlecht	Produzierendes Gewerbe				Handwerk				Rückstand der Verdienste im Handwerk zu den Verdiensten im produzierenden Gewerbe
	durchschnittlicher Bruttostundenlohn			Struktur der Arbeiter- schaft ²⁾	durchschnittlicher Bruttostundenlohn			Struktur der Arbeiter- schaft ²⁾	
	April 2001	Veränderung gegenüber April 2000	durchschnitt- liche jährliche Veränderung seit April 1998		Mai 2001	Veränderung gegenüber Mai 2000	durchschnitt- liche jährliche Veränderung seit Mai 1998		
	DM	%			DM	%			
Facharbeiter / Gesellen	31,17	1,8	2,2	48	23,60	1,1	1,4	90	24,3
Männer	31,46	1,9	2,3	96	23,76	1,2	1,4	97	24,5
Frauen	23,58	-1,0	1,2	4	18,11	0,6	1,4	3	23,2
Angelernte Arbeiter	27,49	1,8	2,1	37
Männer	28,08	1,7	2,0	89
Frauen	22,71	3,1	2,8	11
Ungelernte Arbeiter	22,87	1,3	1,7	16
Männer	23,89	1,1	1,5	68
Frauen	20,59	0,9	1,4	32
Übrige Arbeiter ¹⁾	26,07	1,6	2,0	52	20,19	2,5	1,3	10	22,6
Männer	27,04	1,4	1,8	82	21,01	3,0	1,3	79	22,3
Frauen	21,54	2,0	2,2	18	16,92	0,1	1,5	21	21,4
Arbeiter insgesamt	28,50	1,5	2,0	100	23,25	1,3	1,5	100	18,4
Männer	29,30	1,6	2,0	89	23,52	1,4	1,5	95	19,7
Frauen	21,86	1,6	2,0	11	17,59	0,7	1,6	5	19,5

1) Im produzierenden Gewerbe Zusammenfassung der angelernten (Leistungsgruppe 2) und der ungelernten (Leistungsgruppe 3) Arbeiter. – 2) Anteil an der jeweils übergeordneten Position.

Arbeitern andererseits unterschieden wird. Die Gesellen im Handwerk verdienten im Durchschnitt knapp ein Viertel weniger als die Facharbeiterinnen und -arbeiter in der Industrie. Bei den übrigen Arbeiterinnen und Arbeitern wurde für 2001 ein Verdienstabstand von 22,6% errechnet. Dieses Ergebnis, dass eine statistische Aussage („Handwerker verdienen weniger als Industriearbeiter“) durch eine tiefer gehende Betrachtung von Teilmassen noch verstärkt wird, erklärt sich durch strukturelle Unterschiede der Arbeiterschaft. Die relativ zu

den übrigen Arbeiterinnen und Arbeitern besser verdienenden Gesellen haben im Handwerk mit einem Anteil von 90% ein deutlich größeres Gewicht als die Facharbeiterinnen und Facharbeiter in der Industrie, die weniger als die Hälfte der Arbeiterschaft stellen. Durch das große Gewicht der Gesellen wird in der zusammenfassenden Betrachtung der Verdienstrückstand des Handwerks kleiner dargestellt.

Dr. Hans Herbert Krieg

Strukturen und Veränderungen der Kraftfahrzeugbestände im Jahr 2000

Von Januar bis Dezember 2000 wurden in Rheinland-Pfalz 212 929 fabrikneue Kraftfahrzeuge erstmals zum Verkehr zugelassen. Der Bestand stieg damit auf gut 2 Mill. Fahrzeuge am Jahresende 2000, darunter 2,3 Mill. Personenkraftwagen, rund 198 000 Krafträder und 123 000 Lastkraftwagen. Damit hat der kontinuierliche Zuwachs des Fahrzeugbestandes auch im vergangenen Jahr unvermindert angehalten.

Besonders stark gestiegen ist der Bestand von Motorrädern (+5% gegenüber dem Vorjahr). Die Zahl der Personenkraftwagen nahm um 2,5%, die der Lastkraftwagen um 2,8% und die der Busse um 2,5% zu. Ebenfalls deutliche Zuwächse ergaben sich für die Fahrzeug-Anhänger. Mit 248 467 lag ihre Zahl um 5,8% über dem Vorjahreswert.

Jeder siebte Pkw mit Dieselmotor

Steigende Kraftstoffpreise und die technische Weiterentwicklung der Dieselmotoren, die es heute in Bezug auf Leistungsabgabe und Laufkultur mit manchen Benzinmotoren aufnehmen können, haben zu einer wachsenden Beliebtheit von Diesel-Pkw geführt. Vom Kleinwagen bis zu Fahrzeugen der Luxusklasse werden heute von den Automobil-Herstellern leistungsstarke und sparsame Selbstzünder angeboten. Jeder siebte in

Rheinland-Pfalz zum Verkehr zugelassene Pkw hat mittlerweile einen Dieselmotor.

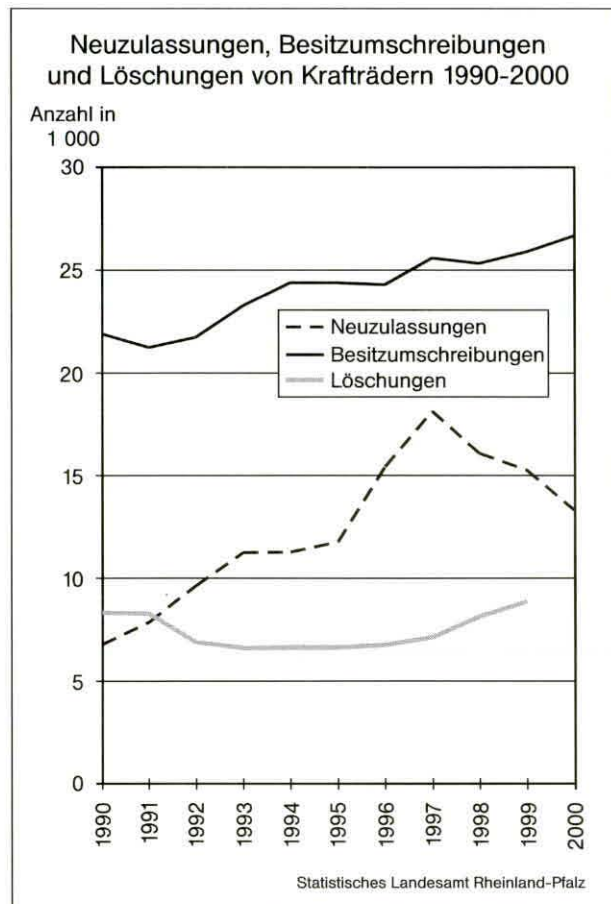
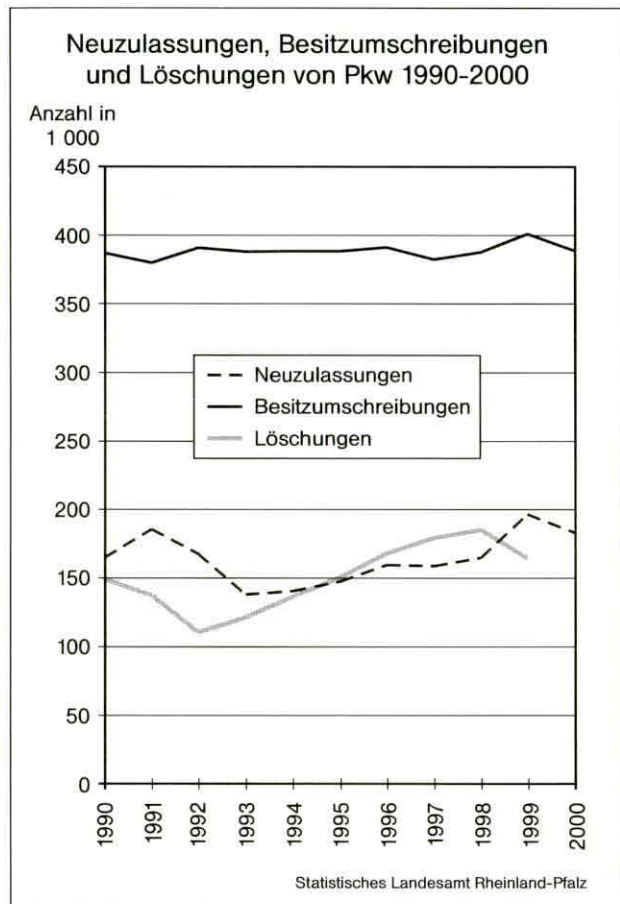
Eine eher untergeordnete Rolle spielt der Bestand von 404 Fahrzeugen mit Zweitaktmotoren. Das dürften in erster Linie die noch überlebenden Trabbis aus DDR-Produktion sein. Mit sonstigen Antriebskonzepten, das sind insbesondere Wankel- oder Elektromotoren, waren 466 Pkw ausgestattet.

Strengere Abgasnormen für Neuwagen und die sukzessive Einführung von Einspritzmotoren mit regeltem Dreizeig-Katalysator ab den 80er-Jahren haben dazu geführt, dass die überwiegende Mehrheit der zugelassenen Fahrzeuge schadstoffarme Motoren besitzt. Mit der steuerlichen Förderung von schadstoffreduzierten sowie der steuerlichen Benachteiligung von weniger schadstoffarmen Fahrzeugen wurde diese Entwicklung auch politisch forciert.

Ende 2000 waren 95% der Pkw mit Ottomotoren und 97% der Pkw mit Dieselmotoren schadstoffreduziert.

Pkw-Dichte in den Landkreisen am höchsten

Die Pkw-Dichte, das ist die Anzahl der zugelassenen Pkw je 1 000 Einwohner, ist in den Landkreisen merklich höher als in den kreisfreien Städten des Landes.



Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen 1998-2000

Fahrzeugart	1998	1999	2000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
				1998	1999	2000
	Anzahl			%		
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen						
Krafträder	16 067	15 253	13 302	-11,5	-5,1	-12,8
Leichtkrafträder und -roller	6 064	4 823	4 230	-14,0	-20,5	-12,3
Motorroller	486	455	269	-1,6	-6,4	-40,9
Motorräder ¹⁾	9 517	9 975	8 803	-10,2	4,8	-11,7
bis 125 cm³ Hubraum	91	15	30	-85,9	-83,5	x
126-249 cm³ Hubraum	142	94	79	-26,0	-33,8	-16,0
250 cm³ u. mehr Hubraum	9 284	9 866	8 694	-4,9	6,3	-11,9
Personenkraftwagen ²⁾	164 736	196 435	183 178	3,7	19,2	-6,7
bis 999 cm³ Hubraum	9 938	15 977	13 278	39,9	60,8	-16,9
1 000-1 399 cm³ Hubraum	40 497	42 003	37 676	-0,7	3,7	-10,3
1 400-1 999 cm³ Hubraum	87 583	108 242	102 064	1,9	23,6	-5,7
2 000 cm³ u. mehr Hubraum	26 710	30 208	30 157	6,9	13,1	-0,2
Kraftomnibusse	362	428	349	-1,4	18,2	-18,5
Lastkraftwagen	10 841	11 451	11 764	13,1	5,6	2,7
bis 1 999 kg Nutzlast	7 947	8 067	8 365	12,5	1,5	3,7
2 000-3 999 kg Nutzlast	1 351	1 571	1 593	19,9	16,3	1,4
4 000 kg u. mehr Nutzlast	1 543	1 813	1 806	10,1	17,5	-0,4
Zugmaschinen	2 786	2 882	2 633	21,2	3,4	-8,6
darunter Ackerschlepper	1 578	1 418	1 227	17,8	-10,1	-13,5
Übrige Kraftfahrzeuge	1 405	1 607	1 703	11,9	14,4	6,0
Kraftfahrzeuge insgesamt	196 197	228 056	212 929	3,0	16,2	-6,6
Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen						
Krafträder	25 334	25 908	26 667	-1,0	2,3	2,9
Leichtkrafträder und -roller	4 836	5 262	5 064	53,7	8,8	-3,8
Motorroller	581	552	889	-41,0	-5,0	61,1
Motorräder ¹⁾	19 917	20 094	20 714	-7,2	0,9	3,1
bis 125 cm³ Hubraum	129	65	234	-82,6	-49,6	x
126-249 cm³ Hubraum	1 456	1 336	1 219	-20,7	-8,2	-8,8
250 cm³ u. mehr Hubraum	18 332	18 693	19 260	-2,9	2,0	3,0
Personenkraftwagen ²⁾	387 742	401 301	388 826	1,2	3,5	-3,1
bis 999 cm³ Hubraum	22 098	22 374	21 012	-2,7	1,2	-6,1
1 000-1 399 cm³ Hubraum	104 389	106 399	103 042	2,0	1,9	-3,2
1 400-1 999 cm³ Hubraum	209 496	218 880	212 917	2,1	4,5	-2,7
2 000 cm³ u. mehr Hubraum	51 707	53 598	51 795	-0,9	3,7	-3,4
Kraftomnibusse	670	645	584	23,6	-3,7	-9,5
Lastkraftwagen	13 905	14 933	15 218	-13,3	7,4	1,9
bis 1 999 kg Nutzlast	10 010	10 666	11 008	-14,0	6,6	3,2
2 000-3 999 kg Nutzlast	2 267	2 536	2 496	-7,1	11,9	-1,6
4 000 kg u. mehr Nutzlast	1 628	1 731	1 714	-17,1	6,3	-1,0
Zugmaschinen	6 135	5 983	6 065	-1,2	-2,5	1,4
darunter Ackerschlepper	3 281	3 191	3 204	-0,1	-2,7	0,4
Übrige Kraftfahrzeuge	4 127	4 090	3 945	-10,6	-0,9	-3,5
Kraftfahrzeuge insgesamt	437 913	452 860	441 305	0,6	3,4	-2,6

1) Einschl. Motorräder mit Rotationskolbenmotor. – 2) Einschl. der in der Hubraumaufteilung nicht ausgewiesenen Personenkraftwagen mit Rotationskolben- und Elektromotor.

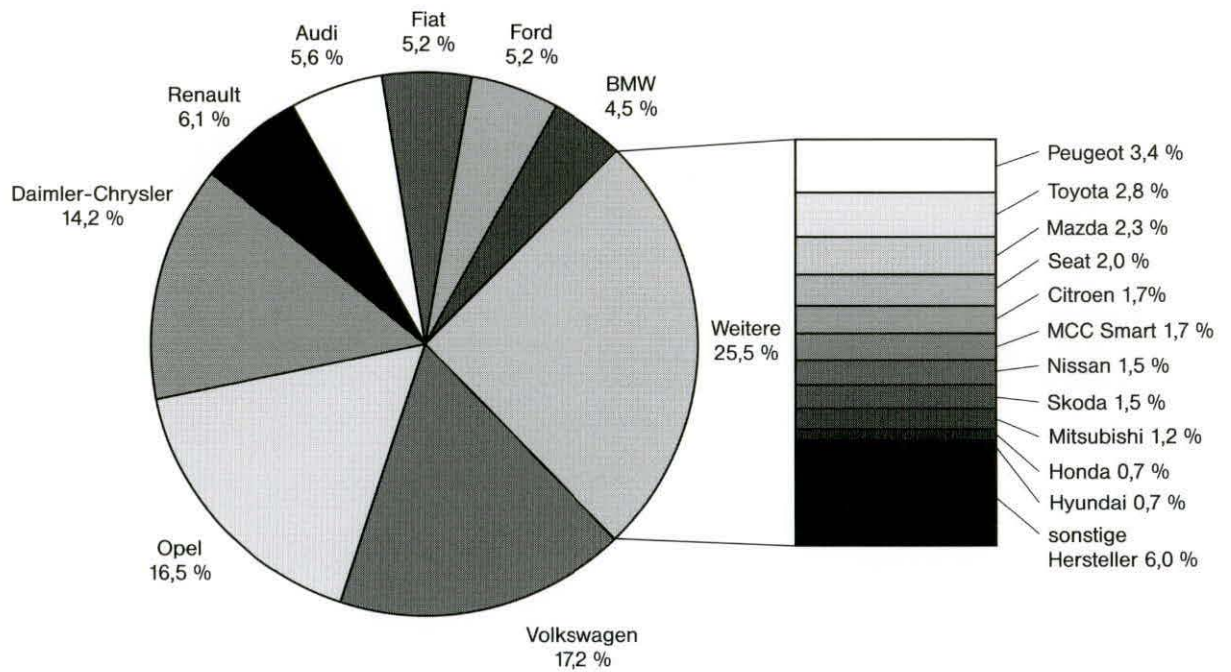
Kurze Wege zu Schule, Arbeitsstelle und Geschäften sowie die in den Städten tendenziell besser ausgebauten Nahverkehrsnetze und die mit kürzeren Taktzeiten verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittel machen den Zweitwagen oft überflüssig. Durch das zunehmend verbesserte Radwegenetz ist auch das Fahrrad für kurze Fahrten in der Stadt eine echte Alternative zum Auto geworden.

Die höchste Kfz-Dichte hatte im Jahr 2000 der Landkreis Mainz-Bingen mit 803 Pkw je 1 000 Einwohner.

Diese Zahl ist jedoch mit den übrigen Zulassungsbezirken nur bedingt vergleichbar, da ein bundesweit tätiges Unternehmen seine gesamte Fahrzeugflotte in diesem Kreis angemeldet hat. Mit einigem Abstand folgen fast gleichauf die Kreise Südliche Weinstraße und Bad Dürkheim mit einer Dichte von 602 bzw. 599 Pkw.

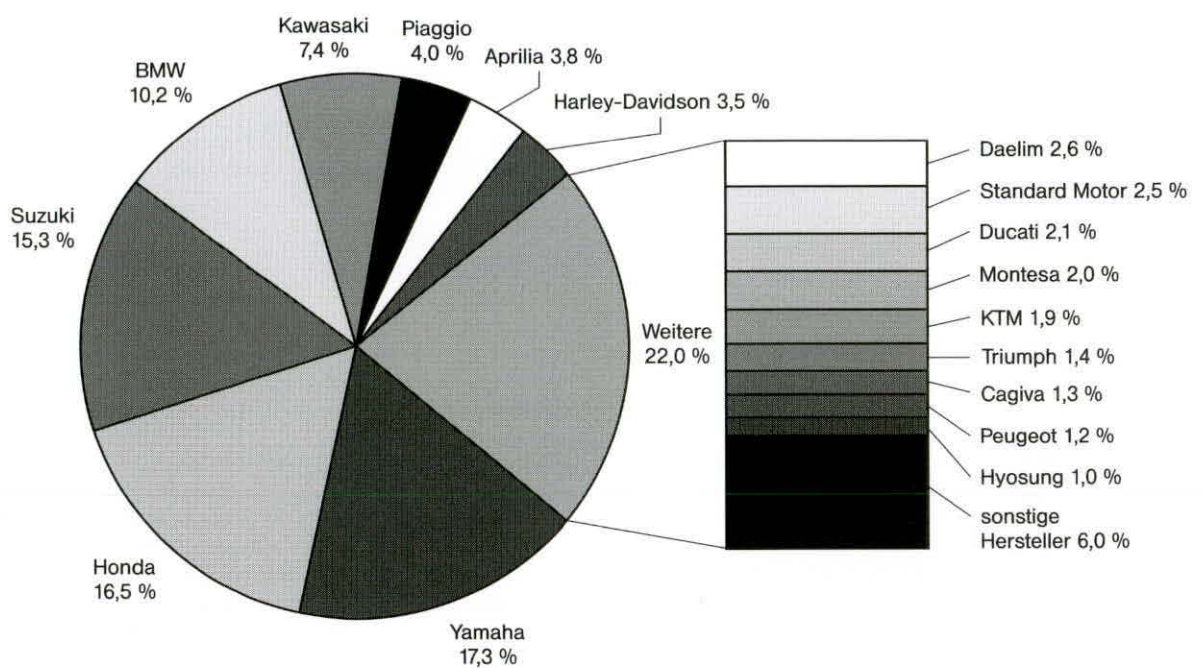
Unter den kreisfreien Städten lagen Landau (585 Pkw je 1 000 Einwohner), Zweibrücken (577), Neustadt an der Weinstraße (570) und Pirmasens (545) auf den vorderen Plätzen.

Neuzulassungen von Pkw 2000 nach Herstellern



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Neuzulassungen von Krafträdern 2000 nach Herstellern



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Neuzulassungen etwas rückläufig

Im Jahr 2000 wurden in Rheinland-Pfalz 212 929 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Damit ist nach dem seit 1994 zu beobachtenden jährlichen Anstieg die Zahl der Neuzulassungen erstmals wieder rückläufig. Gegenüber dem Vorjahr wurden 6,6% weniger neue Fahrzeuge zugelassen.

Die Rückgänge betrafen fast alle Fahrzeugarten. So wurden 183 178 neue Personenkraftwagen angemeldet. Das waren 6,7% weniger als 1999. Die Zahl der erstmals in den Verkehr gebrachten Motorräder reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 11,7% auf 8 803, die der Leichtkrafträder und Leichtkraftroller bis 125 cm³ um 12,3% auf 4 230 und die der Motorroller um 40,9% auf 269. Außerdem wurden 349 Busse (-18,5%) und 2 633 Zugmaschinen (-8,6%) zugelassen.

Eine gestiegene Zahl von Neuanmeldungen ergab sich dagegen für Lastkraftwagen (+2,7% auf 11 764), wobei insbesondere die leichten Lkw, Kastenwagen und Transporter unter 2 Tonnen Nutzlast am stärksten zulegen. Deutlich mehr Zulassungen (+6%) verzeichneten auch die übrigen Kraftfahrzeuge, von denen 1 703 erstmals in den Verkehr gebracht wurden. Hierzu zählen neben Sonderfahrzeugen und Einsatzfahrzeugen der Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutzeinheiten insbesondere Wohn- und Reisemobile. Die Zahl der erstmals zugelassenen Fahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung erhöhte sich um 2,7% auf 11 707.

Anteil hubraumstarker Pkw wächst

Betrachtet man die Bestandsveränderungen der Pkw, so zeigt sich, dass der Trend zu größeren, hubraumstärkeren Fahrzeugen ungebrochen ist. So wurden nur 13 278 Fahrzeuge mit einem Hubraum unter 1 000 cm³ zugelassen. Das waren 16,9% weniger als im Vorjahr. 37 676 Fahrzeuge (-10,3%) hatten einen Hubraum von

1 000 bis 1 399 cm³ und 102 064 (-5,7%) hatten Motoren von 1 400 bis 1 999 cm³. Dagegen blieb die Zahl der Personenwagen mit mehr als 2 Litern Hubraum nahezu konstant (-0,2%).

Weniger Besitzumschreibungen von Pkw

Im Jahr 2000 wechselten 388 826 gebrauchte Pkw ihren Besitzer. Das sind 3,1% weniger als im Vorjahr. Die meisten Besitzumschreibungen (212 917) gab es bei den Fahrzeugen mit einem Hubraum zwischen 1 400 und 1 999 cm³. Gut 21 000 Fahrzeuge hatten Motoren bis 1 Liter Hubraum, 103 042 hatten 1 000 bis 1 399 cm³ und 51 795 waren mit 2 Litern Hubraum oder mehr ausgestattet.

Bei den motorisierten Zweirädern mit amtlichem Kennzeichen wechselten 26 667 Fahrzeuge ihre Besitzer. Das waren 2,9% mehr als 1999. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 20 714 Motorrädern, 5 064 Leichtkrafträdern und -rollern sowie 889 Motorrollern.

Außerdem wurden 584 Busse, 15 218 Lastwagen, 6 065 Zugmaschinen, 3 945 übrige Kraftfahrzeuge und 10 072 Fahrzeuganhänger umgemeldet.

Jeder vierte Pkw kommt vom VW-Konzern

Von den im Jahr 2000 zugelassenen fabrikneuen Personenwagen stammten die meisten aus dem Volkswagen-Konzern. Allein 31 573 Pkw, das waren 17,2% aller Neuzulassungen, trugen das VW-Emblem. Rechnet man die zum Volkswagen-Konzern gehörenden Marken Audi, Seat und Skoda hinzu, so kommt man auf mehr als 26%.

Auf Platz zwei der Neuzulassungen folgte Opel mit 30 278 verkauften Fahrzeugen (16,5%). Die mit dem amerikanischen Chrysler-Konzern fusionierte deutsche Traditionsmarke Daimler-Benz verkaufte unter dem neuen Firmennamen Daimler-Chrysler AG 26 074 Fahr-

Neuzulassungen von Personenkraftwagen 1999 nach Haltergruppen

Haltergruppe	Insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise
	Anzahl			Anteil in %		
Landwirtschaft	151	16	135	0,1	0,0	0,1
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	3 848	1 292	2 556	1,9	2,9	1,7
Baugewerbe	1 557	440	1 117	0,8	1,0	0,7
Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung)	903	354	549	0,4	0,8	0,4
Einzelhandel	33 521	12 223	21 298	17,1	27,0	14,1
Dienstleistungsbereich darunter Verkehr und Nachrichtenübermittlung	22 128	6 131	15 997	11,3	13,6	10,6
	6 344	467	5 877	3,2	1,0	3,9
Arbeitnehmer, Nichterwerbspersonen und unbekannte Personen	132 405	24 646	107 759	67,4	54,5	71,2
Andere Haltergruppen	1 922	106	1 816	1,0	0,2	1,2
Insgesamt	196 435	45 208	151 227	100	100	100

Zulassungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern 1999 nach Zulassungsbezirken und Fahrzeugarten

Zulassungsbezirk	Kraft- fahrzeuge insgesamt	Davon						Kraft- fahrzeug- anhänger
		Krafträder	Personen- kraftwagen	Kraft- omnibusse	Last- kraftwagen	Zug- maschinen	übrige Kraft- fahrzeuge	
Kreisfreie Stadt Koblenz	7 385	384	6 142	19	688	94	58	270
Landkreise								
Ahrweiler	5 650	494	4 693	9	335	81	38	482
Altenkirchen (Ww.)	6 877	564	5 704	25	394	102	88	566
Bad Kreuznach	6 805	536	5 746	11	363	91	58	464
Birkenfeld	3 943	290	3 390	6	200	30	27	358
Cochem-Zell	3 060	332	2 492	2	174	47	13	303
Mayen-Koblenz	10 285	911	8 359	14	718	176	107	929
Neuwied	9 283	662	7 826	15	585	130	65	754
Rhein-Hunsrück-Kreis	5 009	457	4 132	8	287	83	42	415
Rhein-Lahn-Kreis	6 099	597	5 084	4	292	68	54	416
Westerwaldkreis	11 854	988	9 806	12	760	187	101	865
Kreisfreie Stadt Trier	5 431	306	4 596	34	419	43	33	189
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	5 205	374	4 274	12	405	99	41	487
Bitburg-Prüm	4 837	392	3 895	4	401	117	28	520
Daun	2 936	254	2 384	10	204	59	25	353
Trier-Saarburg	5 270	456	4 389	2	288	107	28	530
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	1 982	184	1 663	3	93	30	9	93
Kaiserslautern	5 686	288	4 831	7	438	21	101	186
Landau i. d. Pfalz	2 579	132	2 234	2	179	26	6	100
Ludwigshafen a. Rh.	7 240	588	6 018	96	372	69	97	313
Mainz	9 224	459	8 016	68	503	53	125	312
Neustadt a. d. Weinstr.	2 972	177	2 547	1	180	51	16	112
Pirmasens	2 565	117	2 221	4	164	8	51	109
Speyer	2 705	159	2 318	4	151	63	10	130
Worms	3 701	322	3 091	3	196	71	18	233
Zweibrücken	1 796	162	1 531	1	70	23	9	117
Landkreise								
Alzey-Worms	5 966	571	4 916	4	300	143	32	421
Bad Dürkheim	6 860	560	5 871	3	269	124	33	407
Donnersbergkreis	3 375	264	2 892	7	128	64	20	290
Germersheim	8 615	473	7 797	3	215	87	40	417
Kaiserslautern	5 208	470	4 420	13	219	50	36	486
Kusel	3 321	239	2 935	1	89	39	18	376
Südliche Weinstraße	5 475	341	4 744	13	214	133	30	371
Ludwigshafen	7 133	608	6 052	2	294	127	50	446
Mainz-Bingen	36 984	694	35 373	1	692	140	84	615
Südwestpfalz	4 740	448	4 053	5	172	46	16	396
Rheinland-Pfalz	228 056	15 253	196 435	428	11 451	2 882	1 607	13 831
kreisfreie Städte	53 266	3 278	45 208	242	3 453	552	533	2 164
Landkreise	174 790	11 975	151 227	186	7 998	2 330	1 074	11 667

zeuge und hatte damit einen Anteil von 14,2% an den Neuzulassungen. Ganz vorn lag diese Marke bei den großen Limousinen und Kombis mit mehr als 2 Litern Hubraum. Hier war fast jeder zweite Wagen (42,5%) ein Mercedes oder Chrysler.

Unter den Importmarken lag, wie bereits seit Jahren, die französische Marke Renault an erster Stelle. Mit 11 223 neu zugelassenen Autos erreichte die Marke einen Marktanteil von 6,1%, der sich insbesondere auf den Erfolg mit Kleinwagen und Kompaktfahrzeugen der so genannten „Golf-Klasse“ begründet. So lagen die Anteile von Renault in den Hubraumklassen bis 1 399 cm³ und von 1 400 bis 1 599 cm³ mit 11,4 bzw. 9,5% im vorderen Feld der Anbieter.

BMW verkaufte 8 227 Fahrzeuge in Rheinland-Pfalz, das waren 4,5% der Neuzulassungen. In der Hubraumklasse über 2 Liter lag die Marke mit 13,2% Marktanteil an zweiter Stelle hinter dem Daimler-Chrysler-Konzern.

Jeweils 5,2% Anteil hatten die Marken Fiat und Ford, wobei diese hauptsächlich das Hubraum-Segment unter 2 Liter Hubraum abdeckten. Es folgten Peugeot mit 3,4% sowie die japanischen Marken Toyota mit 2,8% und Mazda mit 2,3% Marktanteil. Alle anderen Hersteller lagen deutlich unter 2%.

Bei schweren Motorrädern liegt BMW vorn

Von Januar bis Dezember 2000 wurden 13 302 Kraftäder neu in den Verkehr gebracht. Diese Zahl unterteilt sich in 4 230 Leichtkrafträder und -roller, die mit Führerscheinklasse 1 a bereits ab einem Alter von 16 Jahren gefahren werden dürfen, sowie 269 Motorroller und 8 803 Motorräder, für die ein Führerschein der Klassen 1 oder 1 b erforderlich ist, der erst mit 18 Jahren erteilt werden kann.

Bei den Motorrädern war erneut ein Trend zu hubraumstarken Motoren zu erkennen. Mehr als jede zweite Maschine hatte 750 cm³ oder mehr, gut ein Drittel hatte zwischen 500 und 749 cm³. Nur 6,1% der Neuzulassungen entfielen auf die leichten Motorräder mit 126 bis 499 cm³.

Beim Kampf um Marktanteile lieferten sich, wie in den vergangenen Jahren, die drei großen japanischen Hersteller ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Yamaha konnte sich mit 2 302 verkauften Zweirädern (17,3% aller Neuzulassungen) den ersten Platz in der Zulassungs-Hitliste sichern, dicht gefolgt von Honda mit 2 194 (16,5%) und Suzuki mit 2 031 (15,3%) neu zugelassenen Maschinen.

Auf Platz vier folgten die Modelle von BMW mit 1 363 Einheiten bzw. 10,2% aller Zulassungen. BMW verkauft vornehmlich große, stark motorisierte Fahrzeuge, die insbesondere als gut ausgestattete Reisemaschinen oder als straßen- und geländetaugliche Enduro-Modelle von der Kundschaft geordert werden. Im Hubraumsegment von 750 cm³ und mehr lag die Marke mit einem Anteil von 19,8% der Neuzulassungen unangefochten auf Platz eins.

Auf den Plätzen fünf und sechs folgten Kawasaki mit 7,4% und die italienische Firma Piaggio, die hauptsächlich Motorroller verkauft, mit 4% Marktanteil.

Die amerikanische Kultmarke Harley-Davidson kam mit 461 verkauften Choppern, Cruisern und Tourenmaschinen, das waren 3,5% aller Neuzulassungen, auf Platz sieben. Die in Rheinland-Pfalz verkauften Harleys hatten alle mehr als 750 cm³.

Arbeitnehmer meldeten die meisten Pkw an

Interessant ist auch die Betrachtung der Neuzulassungen nach Haltergruppen. Die neuesten hierzu vorliegenden Daten stammen aus dem Jahr 1999. Danach wurden die weitaus meisten Pkw (67,4%) von Arbeitnehmern und nicht erwerbstätigen Personen zugelassen. Knapp ein Drittel (31,5%) entfielen auf Unternehmen, 0,1% auf die Landwirtschaft und rund 1% auf andere Haltergruppen. Unter den Unternehmen hatten der Einzelhandel mit 33 521 Fahrzeugen, der übrige Dienstleistungssektor mit 15 784 und das verarbeitende Gewerbe mit 3 848 Pkw die größten Anteile an den Neuzulassungen.

Westerwaldkreis und Mayen-Koblenz mit den meisten Neuzulassungen

Angaben über die Zahl der Neuzulassungen nach Zulassungsbezirken liegen ebenfalls erst bis zum Jahr 1999 vor. Sieht man von der bereits erwähnten Besonderheit im Kreis Mainz-Bingen ab, so gab es die meisten Pkw-Neuzulassungen im Westerwaldkreis (9 806) und im Landkreis Mayen-Koblenz (8 359). An dritter Stelle folgte die Landeshauptstadt Mainz mit 8 016 neuen Pkw. Bei den Lastkraftwagen belegten der Westerwaldkreis (760 neue Lkw), die Landkreise Mayen-Koblenz (718) und Mainz-Bingen (692) sowie die Stadt Koblenz (688) die vorderen Plätze.

Eine ähnliche Reihenfolge ergibt sich auch bei den Krafträdern. Die größte Zahl von fabrikneuen Motorrädern, Leichtkrafträdern und Motorrollern wurde im Westerwaldkreis zugelassen (988), gefolgt von den Kreisen Mayen-Koblenz (911) und Mainz-Bingen (694).

Gut 188 000 Fahrzeuge stillgelegt

Neben den Fahrzeugbeständen, den Neuzulassungen und den Besitzumschreibungen werden auch die Abmeldungen von Fahrzeugen statistisch erfasst. Dabei unterscheidet man zwischen vorübergehenden Stilllegungen, wie sie bei Cabrios oder Motorrädern häufig im Winter praktiziert werden, und Löschungen. Letzteres ist die endgültige Stilllegung eines Fahrzeugs mit Einziehen des Fahrzeugbriefes durch die Zulassungsbehörde. Im Jahr 1999, neuere Daten liegen zurzeit nicht vor, wurden 188 144 Kraftfahrzeuge endgültig abgemeldet (gelöscht). Darunter befanden sich 164 524 Personwagen, 8 857 Krafträder und 8 974 Lastwagen. Ausserdem wurden 3 480 Zugmaschinen und 1 936 sonstige Fahrzeuge sowie 3 732 Fahrzeuganhänger gelöscht.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Joachim Günther

Außenhandel mit der Euro-Zone

Für die zwölf Teilnehmerstaaten an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)¹⁾, deren Wirtschaftsraum mittlerweile verkürzt häufig als Euro-Zone (siehe Textkasten „Die Euro-Zone“) bezeichnet wird, war das Jahr 2000 aus konjunktureller Sicht ein gutes Jahr. Nach Mitteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) konnte beispielsweise das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,4% erhöht und die Arbeitslosenquote auf 9,1% der Erwerbspersonen deutlich zurückgeführt werden. Zudem entwickelten sich privater und öffentlicher Verbrauch sowie die Bruttoanlageinvestitionen recht günstig, der Anstieg der Lohnstückkosten blieb moderat, obwohl die Verbraucherpreise, nicht zuletzt aufgrund der negativen Einflüsse der Tierseuchen, merklich anzogen²⁾. Im laufenden Jahr 2001 wurde die wirtschaftliche Entwicklung trotz Steuererleichterungen in mehreren Ländern des Euro-Raums spürbar beeinträchtigt, da sich in den ölimportierenden Ländern aufgrund von Ölpreiserhöhungen erhebliche Kaufkraftverluste bemerkbar machten. Alles in allem ist eine deutliche Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion angezeigt.

Florierender Außenhandel mit Ländern der Euro-Zone im Jahr 2000

Im Jahr 2000 betrug der Wert der rheinland-pfälzischen Ausfuhren 46,5 Mrd. DM und der Wert der Einfuhren 33,7 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausfuhren damit um 5,7% und die Einfuhren sogar um 10,4%. Während ausfuhrseitig vor allem die Lieferungen in außereuropäische Wirtschaftsräume zulegten, waren es einfuhrseitig insbesondere die EU-Mitgliedstaaten, aus denen deutlich mehr Waren und Dienstleistungen stammten als 1999.

Innerhalb Europas, das 2000 gut sieben Zehntel der Ausfuhren (33,6 Mrd. DM; +2,6% gegenüber 1999) aufnahm, steigerte die rheinland-pfälzische Exportwirtschaft den Wert ihrer Versendungen in die Euro-Zone (21,3 Mrd. DM) um 3%. Hier trugen die Geschäfte mit Kraftfahrzeugen, Kfz-Teilen und Kfz-Zubehör, die sogar um gut 10% ausgeweitet werden konnten, maßgeblich zum positiven Gesamtergebnis bei. Indes lassen die Exporte in den Euro-Raum nennenswerte Rückgänge bei chemischen und elektrotechnischen Enderzeugnissen erkennen.

Innerhalb der Euro-Zone nahmen vor allem Griechenland, Luxemburg, Österreich, Italien und Spanien deutlich mehr Waren auf als 1999. Die Exporte in die Nicht-Euro-Zone, das sind die EU-Länder Großbritannien, Dänemark und Schweden, sanken im Gegensatz zum positiven Verlauf im Euro-Raum um 7,4%. Die rückläufige Exportentwicklung in die Nicht-Euro-Zone konzentriert sich auf Großbritannien und Schweden; sie resultierte im Wesentlichen aus der dort schleppenden

Nachfrage nach Enderzeugnissen. Hierbei sind vor allem überdurchschnittlich hohe Einbußen bei Kraftfahrzeugen, Kfz-Teilen und Kfz-Zubehör sowie bei chemischen Produkten erkennbar.

Gut 78% der rheinland-pfälzischen Einfuhren (26,4 Mrd. DM; +11,2% gegenüber 1999) stammten 2000 aus europäischen Ländern. Aus dem Euro-Wirtschaftsraum wurden Waren im Wert von 18,1 Mrd. DM (+10,2%) importiert. Hohe Importzuwächse bei chemischen Halb- und Enderzeugnissen sowie Metallvorerzeugnissen finden hierbei die hohen Importrückgänge bei ernährungswirtschaftlichen Produkten mehr als auf. Innerhalb der Euro-Zone kommen immer mehr rheinland-pfälzische Importgüter aus Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Irland. Importe aus Griechenland, Italien und Finnland blieben deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Einfuhren aus der Nicht-Euro-Zone (2,6 Mrd. DM) konnten im Jahr 2000 lediglich um 2,3% zulegen. Trotz einer spürbaren Aufwärtsentwicklung bei pharmazeuti-

Ausfuhr und Einfuhr 1999 und 2000 nach ausgewählten Ländern und Ländergruppen

Ländergruppe Land	1999	2000 ^p	Ver- ände- rung
	1 000 DM		%
Ausfuhr			
Insgesamt	43 943 395	46 458 930	5,7
darunter			
Europäische Union	25 843 508	26 080 693	0,9
Euro-Zone ¹⁾	20 632 705	21 254 781	3,0
darunter			
Frankreich	6 300 674	6 319 161	0,3
Italien	3 463 784	3 653 520	5,5
Belgien	2 741 713	2 818 447	2,8
Niederlande	2 534 797	2 522 452	-0,5
Spanien	2 159 247	2 277 728	5,5
Nicht-Euro-Zone	5 210 803	4 825 913	-7,4
darunter			
Vereinigtes Königreich	3 692 896	3 399 338	-7,9
EFTA-Länder	1 842 917	2 020 580	9,6
Mittel- und osteuropäische Länder	4 108 450	4 359 821	6,1
NAFTA-Länder	3 858 543	4 514 002	17,0
darunter USA	3 248 503	3 770 498	16,1
China	710 378	883 912	24,4
Japan	917 107	1 166 894	27,2
Einfuhr			
Insgesamt	30 543 529	33 728 691	10,4
darunter			
Europäische Union	18 973 547	20 706 811	9,1
Euro-Zone ¹⁾	16 421 607	18 096 947	10,2
darunter			
Niederlande	3 446 269	4 705 027	36,5
Frankreich	4 690 275	4 591 612	-2,1
Belgien	2 602 683	3 050 629	17,2
Italien	2 406 810	2 083 250	-13,4
Spanien	1 273 937	1 474 234	15,7
Nicht-Euro-Zone	2 551 940	2 609 864	2,3
darunter			
Vereinigtes Königreich	1 412 935	1 257 464	-11,0
EFTA-Länder	1 271 739	1 265 363	-0,5
Mittel- und osteuropäische Länder	3 137 658	4 033 834	28,6
NAFTA-Länder	2 296 229	2 425 853	5,6
darunter USA	1 980 519	1 979 933	0,0
China	891 586	1 019 160	14,3
Japan	946 262	831 052	-12,2

1) Griechenland wurde als zwölfter Teilnehmerstaat zum 1. Januar 2001 in die Euro-Zone aufgenommen. In den Jahresergebnissen 1999 und 2000 sowie in den betrachteten Monatsergebnissen der Jahre 2000 und 2001 wurde der Außenhandel mit Griechenland zwecks besserer Vergleichbarkeit bei der Abgrenzung der Euro-Zone immer berücksichtigt.

2) Vgl. DIW-Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Europäische Währungsunion: Das schnelle Ende eines kräftigen Aufschwungs, in: Wochenbericht 28-29/2001, S. 431ff.

1) Euro-Zone einschließlich Griechenland.

Die Euro-Zone

Die Teilnehmerstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), deren Wirtschaftsraum verkürzt häufig als Euro-Zone bezeichnet wird, haben mit der Einführung einer gemeinsamen Währung innerhalb der Europäischen Union (EU) und dem Wegfall von Umtauschkosten und Wechselkursrisiken eine Förderung der Wachstumskräfte zum Ziel und wollen zusätzliche Impulse für den europäischen Integrationsprozess schaffen. Die Teilnahme an der EWWU hängt von der Erfüllung der Konvergenzkriterien ab, die aus Anforderungen an die Preisstabilität, die Haushaltsdisziplin, die Zinshöhe und die Wechselkursstabilität bestehen und im Vertrag von Maastricht genau definiert und quantifiziert wurden. Seit dem 1. Januar 1999 gehören nach einem Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU die Mitgliedstaaten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien zur EWWU. Es war ebenfalls der Europäische Rat, der im Juni 2000 den Beschluss fasste, dass Griechenland zum 1. Januar 2001 in die Euro-Zone aufgenommen wird. Vor dieser Entscheidung hatten bereits die Europäische Zentralbank (EZB), die EU-Kommission und die EU-Finanzminister Griechenland bescheinigt, die Beitrittsbedingungen zu erfüllen. Nur Großbritannien, Dänemark und Schweden, die im vorliegenden Beitrag als Nicht-Euro-Zone bezeichnet werden, zögern vor allem aus politischen Gründen, an der EWWU teilzunehmen, auch wenn sie weitgehend die wirtschaftlichen Kriterien erfüllen.

Mit dem 1. Januar 1999 als Stichtag für den Start der EWWU begann bereits der Zahlungsverkehr in Euro, der zunächst nur als Buchgeld eingeführt wurde. Die EZB, die im Juni 1998 gegründet wurde und in Frankfurt am Main ihren Sitz hat, ist seither zusammen mit den Notenbanken der Mitgliedstaaten der EWWU für die Geldpolitik und die Preisniveaustabilität zuständig. Außerdem wurden die Wechselkurse anhand der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) fixiert. 1 Euro entspricht demnach 1,95583 Deutsche Mark. Erst ab dem 1. Januar 2002 wird der Euro als Bargeld zur Verfügung stehen und die nationalen Währungen der EWWU-Teilnehmerländer unter Berücksichtigung einer Übergangsphase ersetzen.

schen Erzeugnissen, Kraftfahrzeugen und Holzwaren konnte alles in allem kein höherer Zuwachs ausgewiesen werden, weil der ungünstige Verlauf im Importgeschäft mit chemischen Vorerzeugnissen, Maschinen und elektrotechnischen Endprodukten sehr nachhaltig ausfiel. Wie bereits ausfuhrseitig zu beobachten war, entwickelte sich auch einfuhrseitig der Handel mit Großbritannien ausgesprochen negativ. Auf der anderen Seite lassen deutlich mehr Lieferungen aus Schweden und Dänemark die Außenhandelsgeschäfte mit der Nicht-Euro-Zone als sehr uneinheitlich erscheinen.

Zuletzt überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten bei Einfuhren aus der Nicht-Euro-Zone

Im Zeitraum von Januar bis August 2001 expandierten die rheinland-pfälzischen Exporte insgesamt um 8,5%, während die Exporte in die Euro-Zone überdurchschnittlich stark um 10,3% zulegten. Die Nicht-Euro-Zone nahm um 3,3% mehr Waren auf als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In Bezug auf den Euro-Raum waren die Ausfuhrzuwächse im Handel mit Spanien und Belgien von besonderer Bedeutung. Auf Bundesebene entwickelten sich die Ausfuhren in die Euro-Zone in den ersten acht Monaten 2001 zwar positiv, blieben aber unterdurchschnittlich.

Einfuhrseitig ergibt sich ein anderes Bild: Von Januar bis August 2001 erhöhten sich die rheinland-pfälzischen Importe insgesamt um 4,7%; die Importe aus den Euro-Ländern wiesen jedoch lediglich ein Plus von 1,4% aus. Aus der Nicht-Euro-Zone wurde hingegen wertmäßig ein knappes Drittel mehr eingeführt, wobei alle drei Länder Großbritannien, Dänemark und Schweden mit überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten zu diesem guten Ergebnis beitrugen. Für Deutschland, das in den genannten acht Monaten 2001 ein insgesamt um 8% höheres Einfuhrergebnis erzielte, lassen sich noch bessere Importgeschäfte mit den Euro-Ländern (+11,6%) ablesen, während der Importanstieg aus der Nicht-Euro-Zone bei 5,7% lag.

Dem Außenhandel mit den Teilnehmerländern der EWWU kommt eine große Bedeutung zu, denn zu den maßgeblichen Vorteilen und Chancen der EWWU zählen insbesondere die niedrigeren Transaktionskosten, höhere Kalkulationssicherheit, Preistransparenz und Wettbewerbsintensität, die Beseitigung von Wechselkursschwankungen zwischen den Währungen der Teilnehmer, Stärkung des Europäischen Binnenmarktes sowie die abgestimmte europäische Wirtschaftspolitik. Hiervon könnte auch die Entwicklung des Außenhandels positiv beeinflusst werden.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Abgänge von Gebäuden und Wohnungen seit 1991

Neben den Statistiken der Baugenehmigungen und der Baufertigstellungen sowie der Bauüberhangserhebung zählt die Statistik der Bauabgänge zu dem System der Bautätigkeitsstatistik. Die seit dem Jahr 1979 durchgeführte Erhebung hat ihre aktuelle gesetzliche Grundlage in dem Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz – HBau-StatG) vom 5. Mai 1998 (BGBl. I S. 869). Ähnlich wie bei der Statistik der Baugenehmigungen gab es auch bei der Abgangsstatisik ab dem Jahr 1997 Reduzierungen im Erhebungsprogramm; betroffen waren insbesondere städtebauliche Merkmale.

Die von den unteren Bauaufsichtsbehörden dem Statistischen Landesamt zugeleiteten Erhebungsunterlagen werden jährlich aufbereitet. Dabei spielt eine Rolle, dass Angaben zum Bauabgang als Indikator für aktuelle konjunkturelle Entwicklungen nicht benötigt werden. Als Ausgangspunkt zur Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes sind Jahresergebnisse ausreichend.

Umfang der Erhebung

Im Rahmen der Abgangserhebung werden Gebäude und Gebäudeteile erfasst, die durch Abbruch, Schadensfälle oder bauaufsichtliche Maßnahmen der Nutzung entzogen werden oder deren Nutzung geändert wird. Meldepflichtig im Einzelnen sind:

- der Abbruch eines ganzen Gebäudes oder Gebäudeteils,
- die Zerstörung eines ganzen Gebäudes oder Gebäudeteils durch ein Schadensereignis (z. B. Brand oder Explosion),
- die Änderung des Nutzungsschwerpunktes eines ganzen Gebäudes zwischen den Kategorien Wohnbau und Nichtwohnbau mit oder ohne begleitende Baumaßnahmen.

Während beim Abbruch oder der Zerstörung durch ein Schadensereignis eine Verminderung der physischen Bausubstanz vorliegt (so genannter Totalabgang), ist mit den Abgängen durch Nutzungsänderung in der Regel kein Verlust an Bausubstanz verbunden. Hierbei werden im Rahmen der Abgangsstatisik lediglich Nutzungsänderungen zwischen den beiden Nutzungskategorien Wohn- und Nichtwohnbau erfasst. In die Abgangsstatisik einzubeziehen sind daher lediglich Änderungen des Nutzungsschwerpunktes eines ganzen Gebäudes, z. B. durch Umwidmung von Wohnfläche in gewerblich genutzte Flächen und umgekehrt ohne Baumaßnahmen oder dadurch, dass nach Baumaßnahmen ein geänderter Nutzungsschwerpunkt des Gebäudes vorliegt. Maßgebend für die Schwerpunktbestimmung ist das Überwiegen oder Nichtüberwiegen des Anteils der Wohnfläche (§ 42 ff. der II. Berechnungsverordnung) an der (Gesamt-)Nutzfläche nach DIN 277.

Bei Wohngebäuden gibt es keine Erfassungsuntergrenze. Hier werden alle Gebäude bzw. Gebäudeteile mit Wohnraum in die Erhebung einbezogen. Im Nichtwohnbau – mit Ausnahme von Gebäuden bzw. Gebäudeteilen mit Wohnraum – ist der Abgang von Bagatellbauten bis zu einem Volumen von 350 m³ Rauminhalt nicht meldepflichtig.

Fast 11 600 Gebäude und 6 300 Wohnungen weniger

Von 1991 bis zum Jahr 2000 wurden in Rheinland-Pfalz 11 757 Gebäude einschließlich Gebäudeteile der Nutzung entzogen. Der überwiegende Teil der abgegangenen Gebäudesubstanz betraf Nichtwohngebäude. Von 11 557 Totalabgängen entfielen 78% oder 8 989 Einheiten auf diese Gebäudeart, nur 2 568 auf Wohngebäude (einschließlich Wohnheime). Mit dem Abriss oder den Nutzungsänderungen gingen insgesamt 6 295 Wohnungen dem Wohnungsmarkt verloren. Dieser Wert entspricht in etwa dem Wohnungsbestand der Stadt Grünstadt am Jahresende 2000; zu diesem Zeitpunkt wurden dort durch die Fortschreibungser-

Abgänge von Gebäuden und Wohnungen 1991-2000

Jahr	Gebäude/ Gebäude- teile	Totalabgänge von							
		Wohn- gebäuden	davon mit . . . Wohnungen			Nicht- wohn- gebäuden	Wohnungen in		
			1	2	3 oder mehr ¹⁾		Wohngebäuden		Nicht- wohn- gebäuden
							insgesamt	mit 3 oder mehr Wohnungen	
1991	1 315	259	160	53	46	934	455	189	126
1992	1 172	231	149	35	45	894	448	228	104
1993	1 484	309	223	45	40	1 150	475	161	122
1994	1 456	282	213	36	31	1 170	436	141	134
1995	1 397	329	238	52	39	1 068	624	282	108
1996	1 299	277	177	43	55	1 022	707	387	131
1997	1 307	316	229	32	53	991	857	481	92
1998	1 363	348	255	46	45	1 015	715	342	88
1999	609	113	67	18	27	495	362	216	41
2000	355	104	71	9	24	250	248	159	22
1991-2000	11 757	2 568	1 782	369	405	8 989	5 327	2 586	968

1) Ohne Wohnheime.

gebäude 6 069 Wohnungen ermittelt. Die Mehrheit betraf die Wohnungen in Wohngebäuden (5 106); auf Nichtwohngebäude entfielen 968 Wohnungen, in Wohnheimen befanden sich 221 Einheiten.

Sieben von zehn der abgegangenen Wohngebäude waren Einfamilienhäuser (1 782); auf Zwei- und Mehrfamilienhäuser kamen Quoten von 14 bzw. 16% (369 bzw. 405). Ohne Berücksichtigung der Wohnheime lag jede dritte Wohnung in einem Einfamilienhaus, jede Siebte in einem Gebäude mit zwei Wohnungen (738) und knapp jede Zweite im Geschosswohnungsbau (2 586).

Bei einem Vergleich der einzelnen Jahreswerte in dem zehnjährigen Beobachtungszeitraum lässt sich keine Kontinuität der Abgänge feststellen. Bedingt durch die verhältnismäßig geringen Werte – die Spannweite der jährlich abgegangenen Wohnungen im Wohnbau lag zwischen 248 und 857 – ist auch kein Rückschluss auf die Baugenehmigungszahlen möglich. Im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1998 gingen pro Jahr 294 Wohn- und 1 030 Nichtwohngebäude durch Totalabgang verloren; im Jahr 1999 waren es in Rheinland-Pfalz 113 bzw. 495 Gebäude. Im letzten Jahr des Untersuchungszeitraumes wurden nur noch 104 Wohn- und 271 Nichtwohngebäude ermittelt.

Drei von zehn Wohngebäuden stammten aus der Zeit vor 1900

Ein erheblicher Teil der Abgänge von 1991 bis 2000 bestand aus alter Bausubstanz. Drei von zehn Wohngebäuden wurden vor 1900 errichtet, jedes Sechste zwischen 1901 und 1918. Die dabei dem Markt entzogenen Wohnungen erreichten Anteile von 22 bzw. 15% aller abgegangenen Einheiten. Auf die neuere Zeit – gemeint sind die Jahre ab 1949 – entfielen 30% der Wohngebäude und 45% der Wohnungen.

Eine etwas andere Struktur ist bei den Nichtwohngebäuden festzustellen. Rund jedes siebte abgerissene Gebäude wurde vor 1900 errichtet; ebenfalls jedes Siebte bis Ende 1918. Auf die Baualtersklassen 1919 bis 1948 und 1949 bis 1962 entfiel jeweils ein Viertel der Nutzgebäude.

Insgesamt verringerte sich die zur Verfügung stehende Wohnfläche durch die Totalabgänge im Wohnbau um 424 500 m². Dabei entfielen 190 700 m² oder 45% auf die Einfamilienhäuser; der Geschosswohnungsbau brachte es auf 164 100 m² (39%). Die gesamte seit 1991 abgegangene Wohnfläche entsprach knapp 21% der Fläche aller im Jahr 2000 neu genehmigten Wohnungen im Wohnbau.

Im Nichtwohnbau wurden bei deutlich höherer Gebäudezahl (8 989) insgesamt 3 136 200 m² Nutzfläche durch Abriss oder Nutzungsänderung dem weiteren Gebrauch entzogen. Im Durchschnitt waren es 349 m² Fläche je Gebäude.

Landwirtschaftliche Betriebsgebäude bzw. private Haushalte an der Spitze

Drei von fünf der beseitigten Nichtwohngebäude dienten der landwirtschaftlichen Nutzung (5 436), Handels- einschließlich Lagergebäude brachten es auf eine

Quote von 16% oder 1 447 Fälle. 892 oder 10% der abgegangenen Gebäude zählten zur Kategorie der Fabrik- und Werkstattgebäude, 277 oder 3,1% waren Büro- und Verwaltungsgebäude.

Hinsichtlich der Eigentümerstrukturen sind bei den Abgängen keine unerwarteten Ergebnisse zu beobachten. Sowohl bei den Wohn- als auch den Nichtwohngebäuden waren es die privaten Haushalte, die am häufigsten für die Abgänge verantwortlich zeichneten (58 bzw. 67%). An zweiter Stelle stehen die Unternehmen mit Anteilen von 21 bzw. 23%.

Vielfältige Abgangsursachen

In der Statistik werden acht verschiedene Abgangsursachen unterschieden. An erster Stelle stand bei 45% der Gebäudeabgänge eine Nutzungsänderung; zwischen den beiden Gebäudearten Wohn- und Nichtwohngebäude gab es jedoch starke Abweichungen (21 bzw. 52%). Als zweithäufigster Grund insgesamt ist die Errichtung eines neuen Wohngebäudes genannt (22%). Bei 48% der abgerissenen Wohngebäude sollte an gleicher Stelle ein Neubau erstellt werden. Bei den Nichtwohngebäuden lag der Anteil mit 15% deutlich niedriger. Jeder achte Abriss wurde vollzogen, um Freiflächen zu schaffen, knapp jeder Neunte für den Neubau eines Nichtwohngebäudes. Außergewöhnliche Ereignisse wie Brände oder Explosionen erreichten mit 1,7% nur einen geringen Anteil, gleiches gilt für die Schaffung öffentlicher Verkehrsflächen (1,8%). Hier war die Quote im Wohnbau mit genau 4% mehr als zweimal so hoch wie im Nichtwohnbau.

Starkes regionales Gefälle

Bei regionaler Betrachtung der Totalabgänge zeigen sich starke Unterschiede. Auffallend ist, dass es in den zehn Jahren von 1991 bis 2000 zu einer Konzentration in Rheinhessen und der Pfalz kam. Besonders hoch war hier der Abgang der Wohngebäude. Bei einem Anteil am Wohngebäude- und Wohnungsbestand im Land von 47 bzw. 51% entfallen auf diese Gebiete Totalabgänge von 64 bzw. 67%. Diese Tatsache ist mit darauf zurückzuführen, dass zehn der zwölf kreisfreien Städte des Landes in diesen Regionen liegen. Auf sie entfallen allein 24 bzw. 38% aller Abgänge des Landes an Wohngebäuden und Wohnungen. An der Spitze liegen dabei die Städte Mainz, Ludwigshafen und Landau. Auch bei den Landkreisen liegen Verwaltungsbezirke des südlichen Landesteils vorn. Die meisten Abgänge gab es in den Landkreisen Bad Dürkheim und Germersheim.

Von den 8 989 der Nutzung entzogenen Nichtwohngebäuden stammte rund jedes Dritte aus der Stadt Koblenz und den zehn Landkreisen des nördlichen Landesteils; Rheinhessen und die Pfalz erreichten eine Quote von 53%. Binnen zehn Jahren gab es die meisten Abrisse in den Kreisen Alzey-Worms und Bad Dürkheim sowie im Donnersbergkreis.

Der rheinland-pfälzische Anteil an Abgängen der Wohngebäude im Vergleich zum früheren Bundesgebiet lag in den 90er-Jahren zwischen 4 und knapp 6%. Bedeutend höher war die Quote mit fast 10% bei den

Totalabgänge von Gebäuden und Wohnungen 1991-2000 nach Art, Baujahr, Eigentümern und Ursachen

Baujahr Eigentümer Ursachen	Insgesamt				Wohngebäude ¹⁾				Nichtwohngebäude			
	Gebäude		Wohnungen		Gebäude		Wohnungen		Gebäude		Wohnungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	11 557	100	6 295	100	2 568	100	5 327	100	8 989	100	968	100
nach Baujahr												
bis 1900	2 013	17,4	1 364	21,7	781	30,4	1 143	21,5	1 232	13,7	221	22,8
1901 - 1918	1 657	14,3	926	14,7	412	16,0	779	14,6	1 245	13,9	147	15,2
1919 - 1948	2 962	25,6	1 212	19,3	609	23,7	1 001	18,8	2 353	26,2	211	21,8
1949 - 1962	3 021	26,1	2 075	33,0	509	19,8	1 843	34,6	2 512	27,9	232	24,0
1963 - 1970	1 355	11,7	552	8,8	168	6,5	421	7,9	1 187	13,2	131	13,5
1971 - 1980	389	3,4	124	2,0	52	2,0	98	1,8	337	3,7	26	2,7
1981 und später	160	1,4	42	0,7	37	1,4	42	0,8	123	1,4	-	-
nach Eigentümern												
Öffentliche Eigentümer	624	5,4	791	12,6	395	15,4	750	14,1	229	2,5	41	4,2
Unternehmen	2 605	22,5	2 306	36,6	544	21,2	2 068	38,8	2 061	22,9	238	24,6
Sonstige Unternehmen ²⁾	658	5,7	342	5,4	90	3,5	217	4,1	568	6,3	125	12,9
Private Haushalte	7 510	65,0	2 647	42,0	1 493	58,1	2 097	39,4	6 017	66,9	550	56,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter	160	1,4	209	3,3	46	1,8	195	3,7	114	1,3	14	1,4
nach Ursachen												
Schaffung öffentlicher Verkehrsflächen	205	1,8	236	3,7	103	4,0	189	3,5	102	1,1	47	4,9
Schaffung von Freiflächen	1 324	11,5	638	10,1	322	12,5	537	10,1	1 002	11,1	101	10,4
Errichtung eines neuen Wohngebäudes	2 593	22,4	2 597	41,3	1 229	47,9	2 435	45,7	1 364	15,2	162	16,7
Errichtung eines neuen Nichtwohngebäudes	1 315	11,4	375	6,0	149	5,8	243	4,6	1 166	13,0	132	13,6
Baurechtliche Unzulässigkeit des Gebäudes	34	0,3	18	0,3	11	0,4	11	0,2	23	0,3	7	0,7
Außergewöhnliches Ereignis	195	1,7	178	2,8	61	2,4	162	3,0	134	1,5	16	1,7
Nutzungsänderung	5 245	45,4	1 739	27,6	532	20,7	1 265	23,7	4 713	52,4	474	49,0
Sonstige Gründe	646	5,6	514	8,2	161	6,3	485	9,1	485	5,4	29	3,0

1) Einschl. Wohnheime. – 2) Ohne Wohnungsunternehmen.

Nichtwohngebäuden. Zurückzuführen ist dieser Sachverhalt auf die große Zahl an beseitigten landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden. Anteile von 11 bzw. 12% an den Bundeswerten waren keine Seltenheit. Die große Zahl der von 1991 bis 2000 im Land abgerissenen Scheunen und Ställe zeigt sich auch in der Unterscheidung nach Baujahren. Von den abgängigen 1 232 Nichtwohngebäuden mit einem Baujahr bis 1900 zählten 951 oder 77% zu der Kategorie Landwirtschaft. Kaum niedriger lagen die Anteile für die Baujahre 1901

bis 1918 und 1919 bis 1948 mit 74 bzw. 70%. Auch die in der Nachkriegszeit errichteten Gebäude wiesen hohe Quoten auf (1971 bis 1980: 61%; 1981 und später: 67%). Die Entwicklung bei den ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden ist mit Sicherheit darauf zurückzuführen, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe rückläufig ist und damit Scheunen, Ställe und andere Gebäude nicht mehr benötigt werden.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 028	4 030	4 030	4 031	4 032
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 887	1 844	2 292	2 931	2 249	2 487 ^P	2 065 ^P	2 726 ^P	2 412 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,5	6,7	8,6	6,8	7,5 ^P	6,0 ^P	8,0 ^P	7,3 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 183	3 148	3 340	3 357	3 278
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,4	9,8	9,8	9,9
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 544	3 507	3 310	3 243	3 241
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,4	9,7	9,5	9,8
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	15	16	25	12	14
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,6	5,2	5,9	3,5	5,7
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 361	- 357	30	114	37
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-1,1	-1,0	0,1	0,3	-0,1
Wanderungen										
Über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 284	9 081	10 750	11 029	9 895
Fortgezogene	Anzahl	8 439	8 411	9 013	10 151	9 100
Wanderungssaldo	Anzahl	845	671	1 737	878	795
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 678	13 496	14 168	15 552	12 950
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 361	138 337	136 967	132 064	127 859	130 024	133 707	131 130	129 485
Männer	Anzahl	82 051	74 537	71 947	69 087	66 842	69 173	70 670	69 069	68 627
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	7 733	6 745	5 850	5 574	5 327	6 153	5 979	5 772	5 715
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	44 070	38 827	37 126	35 539	34 382	35 740	36 329	35 631	35 494
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,2	7,3	7,1	6,8	6,6	6,5	6,7	6,6	6,5
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,1	8,1	7,8	7,6	7,3	7,2	7,4	7,3	7,2
Offene Stellen	Anzahl	29 696	31 146	34 568	34 520	32 491	34 350	33 256	34 436	31 871
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	961	898	991	1 034	1 052	733	683	644	617
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	6 206	6 741	7 247	7 042	7 397	7 945	7 436	7 694	7 421
Kurzarbeiter	Anzahl	4 887	2 446	1 099	1 220	1 501	2 359	1 827	1 966	2 643
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾	t	12 637	11 834	10 931	11 666	11 809	11 108	10 725	11 169	11 056
Rinder	t	3 207	2 879	2 387	2 658	2 916	2 635	2 351	2 944	3 103
Kälber	t	29	27	18	21	24	16	21	27	22
Schweine	t	9 276	8 796	8 412	8 875	8 748	8 369	8 231	8 071	7 813
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	63 124	62 033	64 889	62 527	59 074	65 558	66 276	63 400	60 118
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	14 290	13 631	13 899	14 060	13 716	12 436	12 879	13 012	13 442
Handwerk ⁹⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	96	94	-	-	95	90	-	-	91
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	104	103	-	-	103	101	-	-	103

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In und ausländischer Herkunft. – 9) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt		Jul	August	September	Jun	Jul	August	September
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 275	2 308	2 313	2 308	2 303	2 393	2 403	2 398	2 390
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber/- innen)	Anzahl	307 750	303 460	305 281	307 108	305 086	300 854	301 587	303 222	302 630
Arbeiter (einschl. gewerblich Auszubildender)	Anzahl	197 036	193 426	195 629	196 406	194 582	192 008	192 951	193 367	192 358
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 090	25 658	23 904	26 165	26 056	24 535	24 059	25 526	24 876
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	1 698	1 731	1 648	1 648	1 621	1 817	1 703	1 675	1 636
Bruttolohnsumme	Mill. DM	903	911	886	892	861	960	910	904	863
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	796	820	762	757	760	857	793	771	772
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. DM	9 478	9 987	9 522	10 089	10 398	10 215	9 859	9 881	9 871
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	5 193	5 816	5 531	5 815	6 047	5 747	5 529	5 455	5 419
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	2 426	2 246	2 170	2 264	2 327	2 532	2 348	2 260	2 405
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	193	206	166	209	239	196	176	237	234
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	1 665	1 719	1 654	1 801	1 785	1 739	1 806	1 929	1 812
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	3 892	4 053	3 911	4 039	4 190	4 231	4 259	3 979	4 097
Exportquote ²⁾	%	41,1	40,6	41,1	40,0	40,3	41,4	43,2	40,3	41,5
Energieverbrauch ³⁾	1 000 GJ	54 288	53 842	-	-	50 341	49 620	-	-	45 868
Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	2 673	2 007	-	-	1 774	1 664	-	-	1 534
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ³⁾⁴⁾	Mill. kWh	10 093	10 070	-	-	9 288	9 325	-	-	8 322
Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	67	61	-	-	49	42	-	-	38
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 155	1 205	1 203	1 251	1 181	1 175	1 191	1 202	1 162
Stromerzeugung (industr. Eigen-erzeugung)	Mill. kWh	164	137	113	110	103	111	103	99	109
Energie- und Wasserversorgung ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	77	86	86	86	86	86	86	87	87
Beschäftigte	Anzahl	13 644	12 389	12 308	12 404	12 329	10 705	10 697	10 826	10 821
darunter Arbeiter	Anzahl	6 570	5 945	5 852	5 997	5 961	4 743	4 720	4 812	4 817
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	852	751	672	755	758	573	571	620	600
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	79	75	76	70	67	60	61	59	59
Bruttolohnsumme	Mill. DM	33	31	32	29	27	24	25	24	22
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	47	44	44	41	40	36	36	35	36
Bruttostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	556	540	541	462	484	524	557
Nettostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	532	522	528	449	472	512	545
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 851	5 774	4 537	4 150	4 192	4 261	4 027	3 875	...
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe ⁶⁾ (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)										
Beschäftigte	Anzahl	47 826	46 850	47 509	47 971	47 362	43 810	43 917	44 399	43 913
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 841	4 989	4 654	6 040	5 655	4 772	4 540	5 145	4 798
Wohnungsbau	1 000	2 046	2 192	2 074	2 702	2 440	2 001	1 883	2 029	1 912
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	1 000	1 236	1 241	1 162	1 372	1 350	1 099	1 082	1 256	1 173
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 559	1 556	1 418	1 966	1 865	1 672	1 575	1 860	1 713
darunter Straßenbau	1 000	710	723	651	923	930	797	725	883	814
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	200	200	203	212	200	188	197	202	183
Bruttolohnsumme	Mill. DM	153	153	157	166	155	141	150	154	138
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	47	47	46	46	45	48	47	48	45
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	716	723	713	814	803	679	724	746	700
Wohnungsbau	Mill. DM	254	243	244	261	270	223	216	207	204
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	Mill. DM	208	218	205	253	238	189	208	215	203
öffentlicher und Straßenbau	Mill. DM	254	263	265	300	294	267	300	324	294
darunter Straßenbau	Mill. DM	118	113	115	138	136	124	140	145	138
Ausbaugewerbe ¹⁾³⁾ (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe)										
Betriebe	Anzahl	389	402	-	-	402	394	-	-	...
Beschäftigte	Anzahl	14 652	14 308	-	-	14 393	13 754	-	-	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 527	4 398	-	-	4 420	4 126	-	-	...
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	179	178	-	-	174	172	-	-	...
Bruttolohnsumme	Mill. DM	126	126	-	-	124	122	-	-	...
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	53	52	-	-	50	50	-	-	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	590	604	-	-	606	527	-	-	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert. – 5) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung. – 6) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet auf alle Betriebe. – 7) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 113	903	943	958	770	871	872	866	660
mit 1 Wohnung	Anzahl	842	693	707	711	576	696	677	687	524
mit 2 Wohnungen	Anzahl	191	151	169	169	139	133	161	136	101
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	80	59	67	78	55	42	34	43	35
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 171	949	1 062	1 032	888	848	873	851	666
Wohnfläche	1 000 m ²	208	170	188	187	159	151	154	152	120
Wohnräume	Anzahl	9 134	7 387	8 188	8 099	6 787	6 439	6 517	6 693	5 189
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	508	419	470	454	380	367	387	377	296
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	3	5	3	16	-	-	-
Unternehmen	Anzahl	193	164	234	131	132	115	130	85	60
Private Haushalte	Anzahl	916	735	706	822	635	740	742	781	600
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	217	184	168	244	209	176	190	154	151
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 084	988	819	1 106	1 262	1 275	1 343	842	815
Nutzfläche	1 000 m ²	176	151	128	174	193	182	193	117	118
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	222	198	156	226	228	188	255	130	160
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	14	20	11	47	24	27	20	18	22
Unternehmen	Anzahl	185	158	153	189	177	145	168	133	121
Private Haushalte	Anzahl	9	6	4	8	8	4	2	3	8
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 993	1 576	1 700	1 787	1 503	1 360	1 460	1 355	1 059
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 662	3 872	3 720	3 870	3 778	3 903	4 420	4 084	...
EU-Länder	Mill. DM	2 154	2 173	2 164	2 017	2 075	2 222	2 567	2 244	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	261	271	258	277	275	289	338	308	...
Dänemark	Mill. DM	58	56	50	50	52	45	70	62	...
Finnland	Mill. DM	26	25	20	25	23	27	30	36	...
Frankreich	Mill. DM	525	527	588	477	525	519	616	541	...
Griechenland	Mill. DM	28	33	29	37	28	34	37	38	...
Großbritannien	Mill. DM	308	283	264	270	253	277	349	302	...
Irland	Mill. DM	18	17	11	18	18	17	16	17	...
Italien	Mill. DM	289	304	319	215	283	291	349	227	...
Niederlande	Mill. DM	211	210	208	216	180	235	234	219	...
Österreich	Mill. DM	146	159	148	171	141	156	183	167	...
Schweden	Mill. DM	69	63	46	59	79	64	63	59	...
Spanien	Mill. DM	180	190	190	170	184	235	247	229	...
Portugal	Mill. DM	35	36	32	28	34	33	34	39	...
USA und Kanada	Mill. DM	292	341	316	358	301	328	344	373	...
Japan	Mill. DM	76	97	74	109	97	84	27	127	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	448	500	455	562	531	501	573	562	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	342	363	342	391	364	331	396	379	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 545	2 811	2 426	2 844	2 822	2 763	2 965	2 562	...
EU-Länder	Mill. DM	1 581	1 726	1 410	1 684	1 814	1 653	1 847	1 471	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	242	292	234	305	362	393	281	282	...
Dänemark	Mill. DM	52	58	27	89	76	26	123	60	...
Finnland	Mill. DM	14	12	14	11	11	12	12	10	...
Frankreich	Mill. DM	391	383	333	382	354	350	415	266	...
Griechenland	Mill. DM	4	2	3	1	2	6	5	4	...
Großbritannien	Mill. DM	118	105	77	95	129	140	139	142	...
Irland	Mill. DM	16	21	35	14	26	27	50	16	...
Italien	Mill. DM	201	174	154	172	160	155	199	150	...
Niederlande	Mill. DM	287	392	303	405	393	312	324	340	...
Österreich	Mill. DM	83	78	62	83	75	57	123	50	...
Schweden	Mill. DM	43	55	28	19	90	50	35	31	...
Spanien	Mill. DM	106	123	105	72	98	101	103	88	...
Portugal	Mill. DM	25	33	35	35	38	26	39	31	...
USA und Kanada	Mill. DM	189	199	175	215	186	220	196	267	...
Japan	Mill. DM	79	69	61	65	57	54	63	66	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	172	208	166	228	191	263	252	210	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	261	336	310	351	306	326	303	278	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	91,5	92,7	91,9	92,5	92,7	95,1	96,2	97,0	96,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	100,9	101,0	100,5	101,5	100,5	104,2	105,9	105,7	105,0
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,3	102,3	97,8	97,0	99,2	102,7	105,6	103,7	101,3
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	96,8	97,0	97,1	97,8	97,1	94,1	94,6	95,9	95,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	108,5	116,1	109,8	118,4	122,9	114,9	113,9	115,8	119,6
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	86,6	84,3	88,8	88,0	87,4	89,7	90,7	90,2	90,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	88,9	83,9	89,4	87,9	87,0	90,5	92,0	89,3	89,5
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,2	101,1	112,2	109,4	114,2	112,0	112,2	116,3	117,1
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1 000	570	604	701	807	943	702	699	783	871
Ausländer	1 000	113	123	193	186	163	140	186	175	143
Übernachtungen	1 000	1 753	1 870	2 817	2 701	2 752	2 077	2 787	2 599	2 637
Ausländer	1 000	333	366	718	643	443	378	711	598	412
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 285	1 335	1 387	1 512	1 447	1 253	1 483	1 356	1 245
Güterversand	1 000 t	721	825	799	879	836	817	857	858	790
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	19 005	17 744	17 800	16 524	15 542	17 829	18 638	15 409	15 666
Krafträder	Anzahl	1 271	1 109	1 212	1 002	567	1 528	1 246	1 065	534
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	16 370	15 265	15 391	13 959	13 663	14 906	13 197	13 138	13 893
Lastkraftwagen	Anzahl	954	980	864	949	986	947	791	882	872
Zugmaschinen	Anzahl	240	219	173	190	197	228	204	176	191
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 578	1 485	1 899	1 793	1 811	1 656	1 904	1 621
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 701	8 806	8 339	8 855	8 602	8 918	8 102	8 954	8 948
Verunglückte Personen	Anzahl	2 178	2 125	2 082	2 583	2 401	2 485	2 235	2 553	2 181
Getötete	Anzahl	32	30	36	32	35	28	27	30	35
Pkw-Insassen	Anzahl	20	17	23	13	22	14	14	16	26
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	7	11	6	7	10	8	5
Radfahrer	Anzahl	2	2	5	3	2	5	3	2	-
Fußgänger	Anzahl	3	3	1	2	4	2	-	3	3
Schwerverletzte	Anzahl	496	458	503	617	501	517	465	546	447
Pkw-Insassen	Anzahl	263	253	281	268	247	243	194	271	258
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	106	93	105	185	143	128	141	149	89
Radfahrer	Anzahl	55	44	60	88	43	78	88	82	45
Fußgänger	Anzahl	49	46	26	49	49	48	26	36	35
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	94	145	152	140	149	148	182	189	192
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	67 332	106 585	66 007	113 838	114 990	104 863	121 256	99 062	171 126

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	203 752	212 224	·	·	214 870
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	·	·	·	·	26 925	27 515	·	·	27 846
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	·	·	19 890	20 776	·	·	20 538
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	·	·	156 937	163 933	·	·	166 486
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	192 074	199 120	·	·	202 545
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	·	·	172 159	176 742	·	·	178 525
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	·	·	·	·	19 915	22 378	·	·	24 020
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	11 678	13 104	·	·	12 325
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	149 002	149 123	·	·	150 559
Sichteinlagen	Mill. DM	·	·	·	·	30 969	33 785	·	·	35 575
Termineinlagen	Mill. DM	·	·	·	·	48 462	45 833	·	·	45 989
Sparbriefe	Mill. DM	·	·	·	·	10 522	10 926	·	·	11 051
Spareinlagen	Mill. DM	·	·	·	·	59 049	58 579	·	·	57 944
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	143 064	142 475	·	·	144 125
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	·	·	131 271	137 903	·	·	139 854
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	·	·	·	·	11 793	4 572	·	·	4 271
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	5 938	6 648	·	·	6 434
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 955	4 396	3 742	4 329	4 716	4 594	3 536	3 924	4 790
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 621	1 623	1 028	1 611	1 909	1 813	905	1 494	1 632
Lohnsteuer	Mill. DM	1 195	1 217	1 069	1 571	891	982	960	1 564	832
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	157	216	–	629	–	–	–	645	–
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	62	63	– 121	– 83	502	445	– 152	– 68	515
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	84	89	51	25	53	130	101	49	71
Zinsabschlag	Mill. DM	45	51	21	88	22	20	25	99	21
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	20	22	–	70	–	–	–	79	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	234	203	8	10	442	235	– 29	– 150	193
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	31	14	–	– 8	–	–	–	– 49	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 334	2 773	2 715	2 718	2 807	2 781	2 631	2 430	3 158
Umsatzsteuer	Mill. DM	760	745	779	710	686	674	697	790	754
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 573	2 028	1 936	2 008	2 121	2 108	1 934	1 639	2 405
Zölle	Mill. DM	185	210	195	209	246	203	183	217	225
Bundessteuern	Mill. DM	238	276	271	246	278	270	260	229	273
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	155	190	212	186	162	170	193	173	175
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	71	73	49	48	105	88	56	42	86
Landessteuern	Mill. DM	139	131	132	126	132	145	149	139	143
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	4	4	5	3	2	6	3
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	61	66	57	55	75	80	67	66
Biersteuer	Mill. DM	7	7	9	6	8	8	7	7	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	783	833	-	-	791	736	-	-	845
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	-	-	20	9	-	-	10
Grundsteuer B	Mill. DM	167	177	-	-	181	184	-	-	200
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	521	574	-	-	519	457	-	-	561
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	71	58	-	-	56	64	-	-	59
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 165	2 424	2 138	2 334	2 572	3 465	2 925	3 258	3 320
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	713	713	441	689	849	798	390	629	714
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 205	1 426	1 395	1 398	1 445	2 396	2 248	2 397	2 333
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 186	1 183	992	1 092	1 203	1 340	838	1 094	1 137
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	620	610	314	563	756	666	256	490	615
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	399	409	443	399	315	529	358	457	379
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 229	1 255	-	-	1 179	1 149	-	-	1 233
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. DM	405	447	-	-	392	372	-	-	447
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	503	496	-	-	457	444	-	-	443
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	58	54	-	-	57	54	-	-	58
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,8	106,9	107,3	107,2	107,6	110,0	110,0	109,8	109,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	101,4	100,8	100,5	107,6	107,1	105,9	105,7
Löhne und Gehälter ³⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 586	4 680	4 731	-	-	-	4 768	-	-
Arbeiter	DM	4 731	4 822	4 877	-	-	-	4 911	-	-
Arbeiterinnen	DM	3 422	3 513	3 529	-	-	-	3 580	-	-
Bruttostundenverdienste	DM	27,58	28,15	28,27	-	-	-	28,60	-	-
Arbeiter	DM	28,36	28,93	29,05	-	-	-	29,36	-	-
Facharbeiter	DM	30,33	30,96	31,12	-	-	-	31,62	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	27,10	27,83	28,03	-	-	-	28,24	-	-
Hilfsarbeiter	DM	23,04	23,49	23,50	-	-	-	23,63	-	-
Arbeiterinnen	DM	21,17	21,59	21,63	-	-	-	22,07	-	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	20,09	20,43	20,49	-	-	-	20,76	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	38,5	-	-	-	38,4	-	-
Arbeiter	Std.	38,3	38,4	38,6	-	-	-	38,5	-	-
Arbeiterinnen	Std.	37,2	37,5	37,5	-	-	-	37,3	-	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
im produzierenden Gewerbe	DM	6 491	6 616	6 618	-	-	-	6 812	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 975	6 056	6 042	-	-	-	6 220	-	-
Männer	DM	6 884	6 995	6 981	-	-	-	7 144	-	-
Frauen	DM	4 916	4 978	4 975	-	-	-	5 159	-	-
Technische Angestellte	DM	6 892	7 068	7 085	-	-	-	7 279	-	-
Männer	DM	7 055	7 235	7 254	-	-	-	7 453	-	-
Frauen	DM	5 390	5 525	5 545	-	-	-	5 659	-	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 706	4 902	4 926	-	-	-	5 100	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 690	4 890	4 914	-	-	-	5 101	-	-
Männer	DM	5 308	5 508	5 552	-	-	-	5 740	-	-
Frauen	DM	4 082	4 269	4 281	-	-	-	4 444	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	4 028	82 183	82 199	82 213
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	...	50 219 ^p	44 309 ^p	49 157 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	...	63 696 ^p	65 597 ^p	70 511 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	...	65 607 ^p	63 710 ^p	66 855 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 5 612	...	– 1 911 ^p	1 887 ^p	3 656 ^p
Arbeitslose	1 000	4 099	3 889	3 724	3 804	3 781	3 721	3 694	3 799	3 789
Männer	1 000	2 160	2 053	1 947	1 971	1 949	1 990	1 958	1 997	1 985
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,5	9,6	9,1	9,3	9,3	9,0	8,9	9,2	9,2
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,7	10,7	10,1	10,3	10,2	9,9	9,9	10,1	10,1
Offene Stellen	1 000	456	514	560	553	544	559	542	522	508
Kurzarbeiter	1 000	119	86	81	66	62	111	109	103	92
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 368	6 375	6 362	6 398	6 428	6 385	6 389	6 413	6 435
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	527	526	507	509	510	538	507	511	505
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	194 982	212 968	212 847	206 353	207 243	225 106	221 261	216 995	211 314
Auslandsumsatz	Mill. DM	66 608	77 255	78 672	74 943	72 684	82 290	82 374	80 628	75 062
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	111,4	118,2	116,4	114,9	112,6 ^f	122,6 ^f	119,3 ^f	116,3 ^f	112,4
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	112,5	118,5	116,5	116,5 ^f	115,4 ^f	122,3 ^f	117,4 ^f	116,5 ^f	113,1
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	114,2	125,4	125,3	125,4 ^f	119,0 ^f	137,2 ^f	136,7 ^f	128,9 ^f	120,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	113,4	121,1	115,7	94,8 ^f	89,4 ^f	109,7 ^f	105,1 ^f	96,8 ^f	95,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	102,6	103,7	100,9	102,1 ^f	105,2 ^f	106,2 ^f	102,2 ^f	104,4 ^f	106,1
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 201	41 971	36 404	39 232	38 363
Gaserzeugung	Mill. kWh	32 097	32 478	28 571	29 405	28 226	26 663	28 299
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 110	1 050	1 070	1 065	1 067	950	951	949	952
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	113	106	112	114	116	105	99	103	100
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 915	16 077	16 812	17 146	17 529	14 819	15 553	16 422	16 168
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 459	16 100	16 165	17 352	16 732	16 051	15 326	16 335	14 893
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 977	14 944	14 959	16 125	15 554	14 963	14 329	15 248	14 005
Wohnfläche	1 000 m ²	3 403	2 811	2 866	2 985	2 909	2 823	2 657	2 815	2 538
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 442	3 292	3 445	3 642	3 740	3 279	3 176	3 512	3 150
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	36 465	29 042	30 013	30 789	30 014	28 129	26 403	28 398	25 492
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,8	103,2	99,5	101,3	99,5	107,2	103,0	105,2	101,6
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,6	109,9	106,9	103,4	111,3	115,6	111,3	105,8	109,6
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,3	97,2	104,7	103,7	105,1	104,6	104,3	105,5	107,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	83 124	97 279	96 893	97 228	92 216	92 104	104 566	108 194	100 973
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	47 816	54 990	54 805	53 681	48 765	57 347	57 809	58 190	53 278
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 697	5 341	5 263	5 028	4 884	5 699	5 588	5 351	4 930
Frankreich	Mill. DM	9 547	11 110	10 940	9 142	9 518	11 116	10 703	11 799	10 410
Großbritannien	Mill. DM	7 029	8 090	8 032	6 040	7 701	9 175	8 316	9 214	8 912
Italien	Mill. DM	6 248	7 367	7 642	6 099	5 827	7 835	8 193	8 150	6 267
Niederlande	Mill. DM	5 599	6 270	6 161	7 261	5 946	6 434	6 389	6 165	6 333
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	72 496	88 692	85 117	86 882	87 688	106 614	91 127	91 054	84 793
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	39 060	45 946	43 977	44 923	44 442	49 446	48 545	47 135	42 768
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 729	4 521	4 384	4 705	4 242	4 906	5 106	4 929	4 412
Frankreich	Mill. DM	7 425	8 477	8 413	11 092	7 442	8 861	8 774	8 369	7 437
Großbritannien	Mill. DM	5 013	6 182	5 437	7 802	6 199	6 673	6 297	5 540	5 873
Italien	Mill. DM	5 396	5 907	5 990	7 638	5 274	6 258	6 173	6 202	5 039
Niederlande	Mill. DM	5 882	7 810	7 415	6 050	7 218	7 520	7 557	7 278	6 925
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	53 301	55 215	73 778	47 660	44 054	43 417	68 300	46 939	43 909
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	30 056	31 355	50 968	22 787	21 074	17 127	47 045	21 718	20 437
Lohnsteuer	Mill. DM	21 809	22 123	21 001	23 685	21 054	20 184	20 973	22 602	20 466
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	1 774	1 992	10 509	- 2 691	- 2 635	- 1 965	10 340	- 2 925	- 2 072
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	22 354	22 960	22 807	22 884	22 269	24 992	21 245	23 116	22 764
Umsatzsteuer	Mill. DM	18 189	17 462	17 112	17 595	16 817	18 494	15 901	17 008	17 080
Zölle	Mill. DM	519	553	573	525	554	571	476	576	548
Bundessteuern	Mill. DM	11 773	12 306	13 082	11 792	12 351	13 266	12 329	13 690	13 046
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 160	1 181	717	662	1 695	1 031	759	682	1 758
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 774	9 188	9 334	9 612	9 314	10 917	8 776	11 507	9 926
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1995 = 100	100,8	106,7	106,6	106,4	106,6	110,3	110,5	110,1	109,9 ^p
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	89,9	95,1	96,1	96,8	97,2	103,0	99,7 ^p	99,7 ^p	100,7 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	98,5	101,8	101,3	102,0	102,3	105,6	105,7	105,2	105,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,4	98,7	-	-	98,7	98,7	-	-	98,6
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,4	98,7	-	-	98,7	98,6	-	-	98,5
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,5	97,8	-	-	98,1	98,6	-	-	98,5
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,9	106,9	106,9	107,4	107,2	110,0	110,2	110,2	110,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie										
Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	101,8	101,4	100,8	107,7	108,0	107,4	106,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	106,0	107,5	107,3	107,3	107,4	109,4	109,5	109,5	109,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,8	102,0	101,9	101,6	101,3	102,8	102,8	102,4	102,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	107,4	110,9	110,4	110,8	111,2	114,2	114,6	114,5	114,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren										
Instandhaltung	1995 = 100	102,1	102,1	102,0	102,0	101,9	103,0	103,0	103,1	103,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	110,6	111,0	110,9	111,0	111,1	112,3	112,3	112,4	112,5
Verkehr	1995 = 100	107,6	113,6	114,5	114,6	114,1	119,5	118,8	117,6	117,4
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	88,2	84,5	84,0	84,0	84,0	81,9	81,9	82,1	82,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,4	104,5	104,2	106,4	105,8	105,0	105,8	107,8	107,2
Bildungswesen	1995 = 100	117,5	119,3	118,8	118,8	119,3	120,9	120,9	121,0	121,2
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	104,9	106,2	106,3	108,9	109,0	107,5	108,6	110,8	110,7
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	104,5	106,8	106,6	106,6	106,9	109,3	109,4	109,6	109,7

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Konjunkturflaute spiegelt sich auch in den Gewerbemeldungen wider

In den Monaten Januar bis August 2001 registrierten die rheinland-pfälzischen Gewerbeämter rund 20 500 Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben; das sind 2,2% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der aufgegebenen Gewerbebetriebe erreichte mit rund 16 000 nahezu den Stand des Vorjahres.

Die allgemein beobachtete Konjunkturflaute machte sich besonders stark bei den Gewerbemeldungen für das Baugewerbe und das verarbeitende Gewerbe bemerkbar. So gab es im Baugewerbe im Beobachtungszeitraum neben einem Rückgang der Zahl der Neuerrichtungen um 10,2% auch mehr Betriebsaufgaben (+4,3%). Im verarbeitenden Gewerbe beliefen sich die entsprechenden Veränderungsraten auf -5,8% und +10,4%. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes trug wiederum der vom Baugewerbe abhängige Wirtschaftszweig „Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ mit einer Abnahme der Neuerrichtungen um 8,8% und einem Anstieg der Aufgaben um 28,6% erheblich zu dieser Entwicklung bei. schm

Jeden Tag rund 50 000 Quadratmeter mehr Siedlungs- und Verkehrsfläche

Im Jahr 2000 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt pro Tag um etwa 50 000 m² zu. Rund 2 656 km² oder 13% der Landesfläche (19 853 km²) dienten Ende 2000 dem Wohnen, Gewerbe und Industrie, der Erholung oder dem Verkehr. Mit knapp 1 200 km² oder 45% hatten dabei die Flächen für den Verkehr die größte Bedeutung. Es folgten die für Wohnzwecke (526 km²) genutzten Flächen.

Die Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsfläche erfolgte überwiegend zu Lasten der Landwirtschaftsfläche, die noch 8 500 km² umfasst. Zugenommen hat auch die Waldfläche auf nunmehr knapp 8 100 km². Mit einem Anteil von fast 41% ist Rheinland-Pfalz damit das waldreichste Bundesland.

Die Ergebnisse basieren auf einer Auswertung des Automatisierten Liegenschaftsbuches der Vermessungs- und Katasterverwaltung für rund 240 Nutzungsarten. Sie ermöglichen eine umfassende Analyse der Landnutzung in Rheinland-Pfalz. Die Daten sind auch im Landesinformationssystem bis auf Gemeindeebene enthalten und können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. br



STATISTIK REGIONAL: Ausgabe 2001 erschienen

Regionaldaten für Deutschland auf CD-ROM

„Statistik regional“ ist eine Datenbank auf CD-ROM, die als Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder herausgegeben wird. Sie bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus amtlichen Statistiken für einzelne Regionen zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen. Der regionale Nachweis erfolgt für das Bundesgebiet sowie für alle Bundesländer, gegebenenfalls deren Regierungsbezirke, die kreisfreien Städte und Landkreise. Das Angebot erstreckt sich über Themenbereiche wie Gebiet und Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Fremdenverkehr, Verkehr, Gesundheitswesen, Unterricht und Bildung, Sozialwesen, Öffentliche Finanzen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Umweltschutz sowie Wahlen.

Die CD-ROM enthält die Datenbank und die zum Betrieb erforderliche Software sowie eine Übersichtskarte zur administrativen Gliederung Deutschlands als PDF-Datei. Die Daten sind einfach, schnell und ohne Vorkenntnisse abzurufen. Recherchierte Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch mit anderen Programmen leicht weiterverarbeitet werden.

„Statistik regional“ wird jährlich aktualisiert. Die derzeit lieferbare Ausgabe 2001 enthält bundesweit vergleichbare Daten für vier Berichtszeiträume (überwiegend für die Jahre 1996, 1997, 1998 und 1999). Auszüge aus dem Inhalt von „Statistik regional“ finden sich im gemeinsamen Internetangebot der statistischen Ämter der Länder und des Bundes unter www.brandenburg.de/statreg.

„Statistik regional“ benötigt als Systemvoraussetzungen: Betriebssystem Windows 95, Windows 98 oder NT 4.0, 16 MB RAM (32 empfohlen), 5 MB freier Speicherplatz auf der Festplatte, CD-ROM-Laufwerk 8-fache Geschwindigkeit (32-fache empfohlen), Grafikauflösung 640x480 (800x600 empfohlen).

Der Preis der vollständigen Einzelplatzversion beträgt 148 EUR (290 DM) zuzüglich Versandkosten. Der CD-ROM liegt ein Gutschein bei, mit dem auf die nächste Ausgabe ein Preisnachlass von 50% gewährt wird. Eine Demo-Version mit vollem Funktionsumfang, aber beschränktem Datenbestand ist kostenlos erhältlich.

Bestelladresse: Statistisches Landesamt
Vertrieb der Veröffentlichungen
56128 Bad Ems
Telefon: (0 26 03) 71-2 45
Telefax: (0 26 03) 71-3 15
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

kurz + aktuell

Nach guten Erfahrungen: „Elektronischer Fragebogen“ wird zur Erhebung der Pflegestatistik im Dezember wieder angeboten

Bereits bei der erstmals im Jahr 1999 durchgeführten Pflegestatistik wurden gute Erfahrungen mit einem „elektronischen Fragebogen“ gemacht. Die Erhebung findet alle zwei Jahre statt; der diesjährige Stichtag ist der 15. Dezember. Das auch 2001 angebotene Datenerfassungsprogramm wird den Pflegeeinrichtungen auf CD-ROM kostenlos zur Verfügung gestellt. Statt des üblichen Papierfragebogens können die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ihre Daten per Diskette an das Statistische Landesamt zurückschicken. Neben der Entlastung der Auskunftspflichtigen hat das Produkt

den Vorteil, dass durch gezielte Abfragekontrollen bereits bei der Eingabe der Meldungen die übermittelten Daten eine wesentlich bessere Qualität aufweisen als die üblichen Meldebogen. Damit können zeitaufwendige Rückfragen auf ein Minimum reduziert werden. Gleichzeitig liegen die Daten bereits in digitaler Form vor und können so ohne weiteren Erfassungsaufwand verarbeitet werden.

Die CD-ROM wurde an alle ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen versandt. Da neben der amtlichen Statistik auch die Auskunftspflichtigen von dem Angebot profitieren und die Erhebung zur Pflegestatistik erheblich vereinfacht wird, wird sich der Anteil der Anwender gegenüber der letzten Erhebung sicherlich nochmals steigern lassen. he

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Oktober		Veränderung
	2000	2001	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 334,2	1 514,1	13,5
Vermögensteuer	53,4	30,3	- 43,2
Erbschaftsteuer	201,9	259,2	28,4
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	145,7	148,8	2,1
Kraftfahrzeugsteuer	637,0	761,9	19,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	208,1	227,4	9,3
Feuerschutzsteuer	17,5	19,6	12,3
Biersteuer	70,6	66,8	- 5,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	5 671,2	5 021,1	- 11,5
Lohnsteuer	4 077,0	3 939,9	- 3,4
Veranlagte Einkommensteuer	85,1	- 31,7	X
Kapitalertragsteuer	426,2	663,3	55,6
Zinsabschlag	220,5	279,9	26,9
Körperschaftsteuer	862,4	169,7	- 80,3
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	4 060,7	3 922,3	- 3,4
Umsatzsteuer	2 874,8	2 664,4	- 7,3
Einfuhrumsatzsteuer	1 186,0	1 257,9	6,1
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	94,0	91,1	- 3,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	44,5	31,1	- 30,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	143,5	111,8	- 22,1
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	34,6	23,4	- 32,4
Insgesamt	11 382,8	10 714,9	- 5,9

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Oktober 2001

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu Oktober 2000 in %
Früheres Bundesgebiet 1)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,5	2,0
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,9	5,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,8	1,8
Bekleidung, Schuhe	104,0	1,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	113,9	1,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	103,7	1,2
Gesundheitspflege	111,7	0,9
Verkehr	116,2	1,3
Nachrichtenübermittlung	81,9	.
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	105,0	1,9
Bildungswesen	119,4	0,4
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	108,4	1,9
Andere Waren und Dienstleistungen	110,0	2,6
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	109,2	2,1
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	108,6	1,8
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	110,2	2,4
Deutschland 2)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,7	2,0

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2001 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.